

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Bandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementpreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 23. Juni 1894.

Inserate die viergeschossige Petitzelle oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weitzerstraße 12.

Bogelfrei.

Denn ein Recht zum Leben, Bump, haben nur, die etwas haben. Heine.

Es ist überaus seltsam und merkwürdig, daß die Menschen gegenüber dem Staate gerade in der Frage anspruchslös sind, welche für jeden Einzelnen die wichtigste ist: nämlich in der Frage der Existenz. Weder die Gewährung der Existenz noch die Garantie der selbst erlangten Existenz kennt der Staat und sie wird auch nicht von ihm verlangt. Wenigstens nicht von den Besitzlosen, während die Besitzenden in dem Schutze ihres Eigenthums allerdings eine weitgehende Fürsorge für ihre Existenz seitens des Staates genießen und diesen Schutz auch verlangen.

In der heutigen Gesellschaft, deren politische Seite der Staat ist, besteht nichts Gesetzähnliches, keine Organisation für die Sicherung der Existenz der Bürger, sondern es ist Alles dem Zufall überlassen; unter dieser Organisationslosigkeit, welche mit dem erfundenen schönen Worte „Freiheit der Arbeit“ besetzt wird, lebt vor Allem die Arbeiterklasse schwer. Ob der Arbeiter Beschäftigung findet, welche ihm die Existenz bieten soll und ob die erlangte Arbeit wirklich die Existenz ermöglicht, darum kümmert sich Niemand. Ein Recht auf Arbeit, ein Recht auf Existenz, ein Recht auf Brod besteht nicht. Wollte der Proletarier gewissenhaft sein, so müßte er auf die Ehe, auf jede Nachkommenhaft verzichten, denn so wenig als er selbst eine sichere Existenz hat, ebenso wenig kann er seinen Kindern eine solche bieten. Dagegen besteht für den heranwachsenden jungen Proletarier die ziemlich sichere Aussicht, daß Brod des Vaters zutheilen, d. h. das Leben zu verbringen in der Abwechslung von Arbeitslosigkeit und schlecht gelohnter Arbeit, in der Abwechslung von völligem und teilweise Hungern, von völliger Obdachlosigkeit und nothdürftiger Unterkunft.

Die brutale Theorie des englischen Pfaffen Malthus, daß Feber, für den die Natur den Tisch nicht gedeckt hat, auf der Erde übersäufig ist, also wieder verschwinden muß, ist trotz alles Humanitäts- und Wohlthätigkeit-Sportes doch eine Wahrheit. Wie viele verderben, weil sie existenzlos, wie viele Arbeitslose nehmen sich selbst das Leben! Sie müssen gehen, weil für sie die Natur, o nein, weil für sie eine schlechte, pflichtvergessene, anarchistische Gesellschaft nicht gesorgt, weil sie dem Arbeitsfähigen und Arbeitslustigen keine Existenz, kein Brod gewährt hat. Solche Fälle, welche Ausfälle des kapitalistischen Anarchismus sind, zählen nach Tausenden und Hunderttausenden. Über auch jene Fälle sind zahlreich, wo die Besitzer der Produktionsmittel durch schwarze List planmäßig dem proletarischen Arbeiter die Existenz verweigern, ihm die Möglichkeit zum Leben rauben. Die Kühnmänner nehmen tödliche Rache an jenen Arbeitern, welche sich erfüllen, daß Recht

der Kritik und der Forberung, das Recht der Vereinigung und Versammlung zu beanspruchen und auszuüben; die Kühnmänner gehen darauf aus, solche Arbeiter durch Verhungern zu töten. Bestände diese Absicht nicht, so hätte die brutale Verfolgung durch schwarze List keinen Zweck, denn sobald der verfolgte Arbeiter in einem anderen Berufszweige Arbeit erhält, kann er ja seine Kapitalselbstliche Thätigkeit, wegen der er dem Tode geweiht worden, fortführen und die ganze Verfolgung wäre zwecklos. In der That ist es aber auch nur Zufall, der den Ausmusterungszweck bereitstellt und es kann ein von der willhabenden Nachsucht bestellischer Profitsschneider verfolgter Arbeiter ebenso gut zu Grunde gehen als er wieder Existenz findet. Auf keinen Fall ist das Fortleben verfolgter Proletarier das Verdienst ihrer kapitalistischen Verfolger.

Ist eine Gesellschaft, ist ein Staat mit solchen Zuständen, unter denen Millionen, das ganze große Heer der Besitzlosen vogelfrei sind, nicht durchaus barbarisch? Oder ist es nicht die pure Barbarei, wenn es von Zufall, von dem guten oder schlechten Willen der Besitzer der Produktionsmittel abhängt, ob der Arbeiter leben kann oder verderben muß? Es ist ein unsittlicher, menschenunwürdiger Gesellschaftszustand, wenn das Sein oder Nichtsein des größten Theiles der Menschheit der Willkür einer kleineren Anzahl Besitzender ausgesetzt ist.

Die Vogelfreiheit herrscht auch in der Art der Produktion selbst. Es steht ganz im Belieben der Kapitalisten, ob sie ihr Vermögen der Erzeugung von Guano, von Flinten und Kanonen, von Juwelen und anderem Luxus widmen oder zur Erzeugung von Lebensmitteln, Kleidern, Wäsche, Büchern oder Häusern verwenden wollen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage sei der Alles regelnde und ordnende Faktor, der auch dafür sorge, daß alle menschlichen Bedürfnisse befriedigt fänden. Dass dem nicht immer so ist, zeigt z. B. die in allen Gemeinden mit größerer Arbeiterbevölkerung herrschende Wohnungsnöth, welche fast ausschließlich nur für die Arbeiter gilt. In vielen Fällen müssten die Unternehmer selbst durch Neubau von Arbeiterhäusern Abhilfe treffen, an einigen Orten haben die Gemeinden dieser Not abgeholfen. Hunderttausende von Arbeiterfamilien leiden aber immer noch unter theilweise schrecklichen Wohnungszuständen. In vielen anderen Beziehungen verhält es sich ebenso.

An dem einen, eines der wichtigsten der vielen menschlichen Bedürfnisse betreffenden Beispiel zeigt sich, daß die Produktion der gesellschaftlichen Organisation entbehrt, daß sie durchwegs ebenso von Zufällen abhängt wie die Existenz des einzelnen Arbeiters z. B. folgen wir noch hinzu, selbst des einzelnen Unternehmers; daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage kein ausreichender Regulator ist und daß die sogenannte soziale Ordnung von heute das Gegenteil da-

von, daß sie Unordnung, Planlosigkeit, Anarchie ist.

Was heute schon organisiert ist, das ist der Produktionsprozeß, die Arbeit in der Fabrik. Hier ist eine planmäßige Organisation, die Fabrik ist zu einem lebendigen Organismus geworden. Dieser muß ergänzt werden durch einen Organismus höherer Potenz, durch die gesellschaftliche Organisation der Produktion und Konsumtion. Die jetzt bereits bestehende Organisation in der Fabrik steht in scharfem Gegensatz zur Planlosigkeit der gesellschaftlichen resp. privaten Produktion, über welchen Gegensatz Engels in seiner Schrift gegen Ohring folgendermaßen sich äußert: „Die That ist, daß die gesellschaftliche Organisation der Produktion innerhalb der Fabrik sich zu dem Punkt entwickelt hat, wo sie unverträglich geworden ist mit der neben und über ihr bestehenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft — diese That ist von den Kapitalisten selbst handgreiflich gemacht durch die gewaltsame Konzentration der Kapitalen, die sich während der Krisen vollzieht, vermittelst des Nutzens vieler großen und noch mehr kleiner Kapitalisten. Der gesammte Mechanismus der kapitalistischen Produktionweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach und eben deshalb muß auch die industrielle Reservearmee brach liegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponibile Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind in Überschuss vorhanden. Über der Überschuss wird Quelle der Not und des Mangels, weil er es gerade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel verhindert. Ginetheils also wird die kapitalistische Produktionsweise ihrer eigenen Unfähigkeit zur ferneren Verwaltung dieser Produktivkräfte überführt. Andererseits drängen diese Produktivkräfte selbst mit steigender Macht nach Aufhebung des Widerspruchs, nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital, nach thatächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftliche Produktivkräfte.“

Unzulänglich wie für das Wohl der ganzen Gesellschaft die kapitalistische Produktion ist, ebenso unzulänglich ist auch deren wissenschaftliche Vertretung.

„Die bürgerliche Ökonomie kann weder die Krisen im Ganzen verhindern“, sagt Engels an einer anderen Stelle der zitierten Schrift, „noch den einzelnen Kapitalisten vor Verlusten, schlechten Schulden und Bankrott oder den einzelnen Arbeiter vor Arbeitslosigkeit und Elend schützen. Es heißt noch immer: der Mensch denkt und Gott (d. h. die Fremdherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise) lenkt. Die bloße Erkenntnis und ginge sie weiter und tiefer als die der bürgerlichen Ökonomie, genügt nicht, um gesellschaftliche Mächte der Herrschaft der Gesellschaft zu unterwerfen. Dazu gehört vor Allem eine gesellschafts-

liche That. Und wenn diese That vollzogen, wenn die Gesellschaft durch Bevölkerung und planvolle Handhabung der gesammelten Produktionsmittel sich selbst und alle ihre Mitglieder aus der Knechtung befreit hat, in der sie gegenwärtig gehalten werden durch diese von Ihnen selbst produzierten, aber Ihnen als übergewaltige fremde Macht gegenüberstehenden Produktionsmittel, wenn der Mensch also nicht mehr blos denkt, sondern auch leucht, dann erst verschwindet die letzte fremde Macht, die sich jetzt noch in der Religion wiederspiegelt und damit verschwindet auch die religiöse Wiederholung selbst, aus dem einfachen Grunde, weil es dann nichts mehr wiederzuspielen gibt.

Die soziale Vogelfreiheit von heute, unter den Missionen von menschlichen Wesen schwer und bitter zu leiden haben, ist die unvermeidliche Folge des Privat-eigentums an den Produktionsmitteln, d. h. der privatkapitalistischen Produktionsweise. Diese Vogelfreiheit ist ein organisches Leiden der kapitalistischen Ordnung, welches durch kleinere Sozialreform oder Arbeiterschutzgesetzgebung behoben werden kann. Hier kann nur die Umwandlung des Organismus selbst helfen und „diese weltbefreiende That durchzuführen“, sagt Engels, „ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats.“

Die Bünde des Mittelalters.

Von J. H. Sassenbach.

I.

Es ist ganz falsch, wenn man glaubt, eine Zeitströmung, ein Blüstauch neuer Ideen wäre das Werk einzelner Personen, oder um den landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, einzelner Agitatoren. Wohl ist es richtig, daß eine auftauchende Idee, wenn sie sofort richtige Vertreter findet, schneller und besser verbreitet wird, als wenn dieses nicht der Fall ist; im Lebriegen hängt sie indessen mit der Lebenslage des Einzelnen wie der Gesamtheit so innig zusammen, daß sie auch dann aufgetaucht wäre, wenn diejenigen Personen, die man als ihre Erfinder bezeichnet, nie gelebt hätten. Darum ist auch eine Rückkehr zu alten, bei Seite gelegten Ideen nicht möglich, ohne mit der fertigen Fortentwicklung in Konflikt zu gerathen. Manche Ansicht, die früher berechtigt und gut war, hat jetzt ihre Berechtigung verloren und dieselbe wieder hervorholen, hieße das Rad der Zeit aufhalten wollen.

Ebenso verhält es sich mit gesellschaftlichen Einrichtungen; was in einer Zeit gut und nützlich gewesen ist, kann später unzulänglich und schädlich werden. Man irrt, wenn man glaubt, ein Institut, welches früher eine Bedeutung hatte, müsse diese für immer behalten. Auch von gesellschaftlichen Dingen gilt, was Goethe vom Recht sagt, daß die Vernunft zum Unforn, die Wohlthat zur Plage wird.

Dass die Bünde im Mittelalter den Handwerkern große Dienste geleistet

haben, ist allbekannt; falsch wäre indessen die Folgerung, daß sie heute unter ganz veränderten Verhältnissen dieselben Früchte zeitigen würden wie damals. Wer die politischen, die wirtschaftlichen, die Verkehrs- und Transportverhältnisse des Mittelalters in Betracht zieht, der muß zugeben, daß gerade in diesen die Hauptkraft der Bünde ruhte, daß sie zur Errichtung von Bünden und Gilden antrieben. Heute ist es anders; die Entwicklungen und Erfindungen der letzten Jahrhunderte haben so ungeheure Umwälzungen auf allen Gebieten hervorgerufen, daß ein Manu des vierzehnten Jahrhunderts wahrscheinlich werden müßte, wenn man ihn an einen Punkt stelle, wo er das heutige Getriebe in Handel und Verkehr überschauen könnte. Dass bemerkenswert auch die Formen, in denen sich damals das Leben bewegte, eine andere Bedeutung gewonnen haben, ist einfach selbstverständlich.

Um den Werth der Bünde für die Handwerker der damaligen Zeit erkennen zu können, ist es nothwendig, die allgemeinen Verhältnisse jener Periode in's Auge zu fassen. Dann wird man finden, wie nothwendig die Bünde waren, und daß die hervorragende Stellung, die sie einnahmen, ihnen unbedingt zufiel.

Der Bürgerstand ist in Europa später als der ritterschaftliche Stand des niederen Adels, aber noch im Mittelalter zu einem mit politischen Rechten ausgestatteten Volksstand geworden. Aber nur unter dem Schutze des Stadtrechtes und der Stadtverfassung konnte er zu freiem Wachsthum gelangen; auf dem flachen Lande konnte von Bürgerfreiheit kaum die Rede sein. Das Mittelalter war überhaupt der gemeinsamen Volksfreiheit nicht förderlich, es begünstigte durchweg die hierarchischen, dynastischen und aristokratischen Klassen. Da in jener Zeit Stärke vor Recht ging, die Dummheit der Menschen, gendert durch Fanatismus, das Uebrige that, so entwickelte sich auf dem flachen Lande ein Zustand, in welchem der größte Theil des Volkes einer kleinen Minderheit unterthan und mit Gut und Blut zugehörig war. Um sich einen Platz im Himmel zu sichern, hat mancher freie Bauer sich nebst seinen Angehörigen und seinem Vermögen einem Kloster übergeben. Es kam hierdurch so weit, daß in manchen Gegenden der größte Theil des Grundbesitzes in den Händen des Adels und der Geistlichkeit war, so daß der Bauer nicht für sich, sondern für die verschiedenen Sorten geistlicher und weltlicher Herren arbeitete.

Während so auf dem Lande die alte

Freiheit gewöhnlich übergeordnet wurde und unterging, wurden im Gegentheil die Städte zum Sitz einer neuen Bürgerfreiheit. Die Geschlechte der Städte ist für die Entwicklung des Begriffes der modernen Gleichheit von entscheidendem Einfluß gewesen; in den Städten bildete sich die Idee der Bürgerfreiheit aus und zwar erst nach Jahrhunderten voller Kämpfe; wiederum Jahrhunderte dauerte es, bis sich das städtische Bürgerthum zum Staatsbürgertum erweiterte.

In den Städten strömte eine bunt-schöne Menge verschleiertenartig privilegierter Personen zusammen, deren Sonderung mit der Zeit aufhörte, um eine neue Mischung herzubringen. Gemeinsames Leben, gemeinsame Interessen und Schicksale, oft auch die Kämpfe der Partei, brachten die Bestandtheile einander näher. Die Stadtverfassung brachte neue Gemeinschaften und Räthe hervor, in welchen die verschiedenen Stände zu einer Einheit verschmolzen wurden. Der Gang dieser Umgestaltung war, obgleich in den verschiedenen Städten die Verschiedenheit der Nationalitäten, der Religionen und der lokalen Einflüsse auch ihre Einwirkung sah, doch im Großen überall der nämliche.

In der ersten Zeit bildeten die vornehmsten Geschlechter der Ritter den Kern der Bürgerschaft und hatten die Leitung der städtischen Angelegenheiten fast ausschließlich in Händen. Zu diesen trat mit der Zeit eine bevorrechtete Klasse von Einwohnern, meist aus freien Häuserbesitzern bestehend; diese ratsfähigen gewordenen Elemente teilten sich nun mit den Rittern in die Leitung und Herrschaft der übrigen Einwohner. Die Schöffen- und Rathssstellen wurden von ihnen mit Beschlag belegt, sie bildeten die vollberechtigten Bürger der Stadt; unter dem gemeinsamen Namen der Geschlechter traten sie in Gegensatz zu den Handwerkern und übrigen Einwohnern, welchen der Ehrentitel „Bürger“ nicht zustand.

Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts, jener Zeit, in welcher der Handel so regen Aufschwung nahm, die Kaufleute mächtig und reich wurden, in der man die Hanse- und andere Städtebündnisse zum Schutze des Handels gründete, werden die Kaufleute in vielen deutschen Städten der Bürgerschaft beigezählt und in den Rath der Stadt zugelassen.

Inzwischen waren aber auch die Angehörigen des Handwerkerstandes wohlhabend und selbstbewußt geworden, auch sie verlangten an den Leitungen der Stadtangelegenheiten teilnehmen zu dürfen. Dass die Geschlechter nicht frei-

willig auf ihre Machtstellung, die nebenbei sehr einträglich war, verzichteten, ist einleuchtend, sie mußten vielmehr selten der Handwerker dazu gezwungen werden. Da die Geschlechter unter sich eine feste Verbindung hatten, war ihnen nicht leicht herauskommen; dieses sahen die Handwerker auch ein und so führte das Streben nach politischen Rechten zum Zusammenschluß der Handwerksgenossen, zur Errichtung von Bünden.

Eichhorn ist der Meinung, daß die Bünde aus dem Hörtigkeitsverhältnis der frühmittelalterlichen Handwerker und aus der Polizeilauficht, unter der sie standen, herrührten. Er nimmt an, daß die betreffenden Herren, die auf Dienstleistungen von Handwerkern Anspruch hatten, letztere in Gruppen eingetellt hätten, um so der Dienstleistung sicherer zu sein, indem einer für den Andern eintreten mußte. Beweise hierfür können indessen nicht begebracht werden, und scheint diese Hypothese sehr unwahrscheinlich. Vielleicht ist Eichhorn zu dieser Annahme durch eine Vergleichung mit den altrömischen Handwerksgilden gelangt, die tatsächlich aus einem Abhängigkeitsverhältnis entstanden und deshalb gegründet wurden, um Verpflichtungen gemeinsam zu erfüllen. Für Deutschland und überhaupt für die im Mittelalter entstandenen Gilde ist kein Grund vorhanden, denselben Entstehungsgrund anzunehmen. Es spricht vielmehr alles dafür, daß der Drang nach politischen Rechten den Anstoß zur Bildung von Handwerkerverbünden gegeben hat, und daß ein Gingreifen in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Jüngstgenossen unter sich und im Verkehr mit Außenstehenden erst nachher eingetreten ist.

Einen Beweis dafür, daß die Bünde in der ersten Zeit ihres Bestehens vorwiegend politischen Charakters waren, liefern uns die nordfranzösischen Städte. Dort waren diejenigen Stadtbewohner, welche nicht zu den herrschenden Geschlechtern gehörten, in eidlichen Konföderationen vereinigt. Diese Vereinigungen hatten mit den Stadtherren oft blutige Kämpfe zu bestehen, und wo sie die Oberhand gewannen und die Leitung der Stadt in ihre Hände kamen, ließen sie nur Diejenigen an den öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen, die sich einer solchen Konföderation anschlossen. Die Aufnahme in eine Gildegenossenschaft machte allein zum Bürger der Kommune und war mit eidlicher Verpflichtung auf deren Statuten verbunden. Diese Einrichtung ist hochmerkwürdig, da dadurch ganz andere Verhältnisse herbeigeführt wurden. Bis hier war das bürgerliche Recht und die

bürgerliche Freiheit theils von der Abschaffung, theils von dem Zusammenhang mit dem Grundbesitz abhängig; dieses hört jetzt auf und wurde statt dessen das Verlangen der korporativen Verbindung gestellt. So wohl das Prinzip des altrömischen Stadtrechtes, als das Lebensprinzip wurde durchbrochen und ein neues persönliches Prinzip erzeugt.

Erst in der ersten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts wurden die Handwerker allgemein der Bürgerschaft beigeschloßt und in den Rath zugelassen. Jetzt dauerte es auch nicht mehr lange, daß sie sich einen ungeheuren, theilweise unbedeutenden Einfluß auf die städtischen Angelegenheiten sicherten und die Geschlechter mehr oder weniger bei Seite schoben. In der Geschichte des Städtewesens und der Bünde nehmen die fränkischen und schwäbischen Städte eine hervorragende Stellung ein, in ihnen hat sich das Buntwesen am Großartigsten entwickelt. Greifen wir hier eine Stadt heraus, um die steigende Machtstellung der Bünde zu beobachten.

Die römische Kolonie Augusta Vindelicorum, die spätere freie Reichsstadt Augsburg, ist zeitweise vollständig in der Gewalt der Bünde gewesen. Nach langen Kämpfen und Streitereien mit den Geschlechtern hatten sich die Handwerker eine Vertretung im Rath erzwungen und zwar, wie uns eine Augsburger Chronik vom Jahre 1340 melbt, in der Art, daß die 17 Obermeister der Bünde dem aus 30 Mitgliedern bestehenden Rath zur Seite traten. Der Rath mußte diesen Vertretern der Bünde Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben ablegen.

Im Laufe der nächsten drei Jahrzehnte trat eine weitere Verschiebung zu Gunsten der Bünde ein, indem letztere dieselbe Anzahl Rathsstellen besetzten, wie die Geschlechter. Auch einer der beiden Stadtpfleger mußte aus den Reihen der Bünde genommen werden. Man suchte zwar die Mitglieder der Geschlechter höher zu stellen als die Angehörigen der Bünde, indem man das Prädikat „Herr“ beilegte, welches man Letzteren versagte, doch war dieses ein billiges Vergnügen, das auf die Machtstellung durchaus keinen Einfluß hatte.

Vollständige Herren der Stadt wurden die Bünde im Jahre 1368. Der sogenannte zweite Buntbrief vom 16. Des. genannten Jahres teilte die städtische Einwohnerzahl in zwei große Gruppen ein, die sich als „Bürger“ und „Gemeinde der Handwerker“ einander gegenüberstehen. Die Errichtung der Bünde bestand darin,

besonders in Frankreich, Belgien und England, trafen sich auf dem anarchistischen Kongreß zu London, 14. Juli 1881. Auf demselben wurde ausdrücklich wieder zur „Propaganda der That“ aufgefordert und dies mit folgender Resolution begründet: „Der Kongreß erklärt es für durchaus nothwendig, mit allen möglichen Mitteln durch die That die revolutionäre Idee und den Geist der Revolte in dem großen Theil der Volksmasse zu verbreiten, welcher noch keinen aktiven Anteil an der Bewegung nimmt und noch Illusionen über die Moralität und die Wirksamkeit gesetzlicher Mittel sich macht. Indem wir das gesetzliche (legale) Gebot, auf dem man im Allgemeinen bis heute gelebt ist, verlassen, um unsere Aktion auf das Gebiet der Ungezüglichkeit zu tragen, welcher der einzige richtige Weg zur Revolution ist, ist es nothwendig, zu Mitteln zu greifen, welche mit dem Zweck übereinstimmen. Die Verfolgungen, denen unsere öffentliche Presse unterliegt, zwingen uns von jetzt ab zur Organisation einer geheimen. Die Propaganda der That ist auf dem Lande von noch größerer Wirksamkeit als in der Stadt. Da die technischen und chemischen Wissenschaften bereits große Dienste der revolutionären Sache geleistet haben und noch zu leisten bestimmt sind, so empfiehlt der Kongreß allen Organisationen und Mitgliedern, großen Werth auf das Studium und die Anwendung dieser Wissenschaften als ein Mittel des Angriffs und der Vertheidigung zu legen.“ Auf dem Kongreß waren 60 Föderationen und 59 Gruppen, welche angeblich 50000

Personen umfaßten, vertreten. Eine Anzahl anarchistischer Blätter entstanden in Frankreich, u. a.: „Le Bulletin des groupes anarchistes“, „La Révolution sociale“, „L'Étandard révolutionnaire“, „La Lutte“, „Le drapeau noir“ *) — Am 12. August 1882 fand ein weiterer anarchistischer Kongreß und zwar zu Genf statt; auf ihm wurde beschlossen, ein Manifest zu veröffentlichen, das die anarchistischen Grundsätze klarlegen soll. In demselben heißt es: „Als Anarchisten d. h. Deute ohne Regierung bekämpfen wir Leben, der sich irgendwie Gewalt über die Menschen angeeignet hat, den Besitzer, Fabrikanten, jeden Staat, auch den sozialistischen. Jeder Gedanke an Autorität ist uns zuwider, jedes Gesetz ist unser Feind. Unter Ael ist daher Vernichtung jedes Staates durch eine revolutionäre Bewegung; alle gesetzlichen Mittel, auch das allgemeine Stimmrecht, verachteten wir. Da aber die individuelle Freiheit nicht ohne Vereinigung mit andern freien Genossen bestehen kann, da jeder der Unterdrückung des Andern bedarf, da ferner jedes soziale Produkt ein Werk der Gesamtheit ist, auf das Alle gleiches Unrecht haben, so sind wir auch Kommunisten. Wir wollen das gemein-

schaftliche Eigentum erobern und vertheidigen.“ Diese neue Erscheinungsform des Anarchismus als kommunistischer W., der das gemeinschaftliche Eigentum erstrebt, fand in Johann Most einen glühenden Vertheidiger; nicht minder aber schwärzte er für die Propaganda der That und versuchte auch ein Verbrech der revolutionären Kriegsfunktion, in dem er Rezepte zur Herstellung von Bomben gab. Seine „Freiheit“ wurde von Nummer zu Nummer mit immer übertriebenen Lodschlagsphrasen angefüllt; es war eine Art Delirium, in bas er und seine Mitarbeiter sich hineinphantasieren und durch Spiegel hineinlocken ließen. Überhaupt wird jetzt die Geschichte des Anarchismus immer deutlicher die Geschichte der internationales Totschlagspieler. Diese ist es, die in allen Ländern eine lebhafte anarchistische Bewegung mit den dazu gehörigen blutrüchtigen Flugschriften und Bomben hervorrief, — damit die Arbeiterbewegung um so bequemer geliebelt werden kann. Most's „Freiheit“ wurde, natürlich ohne Wissen des von den Waffen der Phantasie umnebelten Hans, ein wahrer Sammelpunkt für Spiegel. Most selber erhielt, als nach der Ermordung desaren Alexander II., 1881, die „Freiheit“ alle Völker zur Nachahmung aufzuforderte, 16 Monat Buchhaus. Schließlich fand die „Freiheit“ in London keinen Drucker mehr und wurde nun in der Schweiz hergestellt, wo wiederum die Spiegel als ihre Mitarbeiter und Förderer auftauchten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Singer enthielt am 27. Januar 1883 bei

*) Lebulletin des gruppanarchist, Bericht der anarchistischen Gruppen; la révolution sociale, die soziale Revolution, letantdahre revolutionnaire, die revolutionäre Standard, la lutte, der Kampf, le drap noir nohahr, die schwarze Fahne

dass aus allen Gewerken der Stadt achtzehn Bünste gebildet wurden. Verbände politischen Charakters, wie denn als ihr nächster Zweck in der Urkunde die Besetzung des Rathes erscheint. Es fällt durchaus nicht jede Bunft mit einer Gewerkschaft, einer Bunft im heutigen Sinne zusammen, vielmehr waren die kleinen, weniger zahlreichen und angesehenen Handwerke angewiesen, sich den grösseren anzuschließen. Die achtzehn Bünste senden nun jede ihren Buntmeister in den Rath, die elf grösseren außerdem noch ein zweites Mitglied, so dass nach Inkrafttreten des zweiten Buntbriefes die Bünste neunundzwanzig Rathsstellen gegen fünfzehn der Geschlechter besetzen. Außerdem stehen den Vertretern der Bünste noch wichtige Vorrechte zu, indem sämtliche Aemter der Stadt durch sie vergeben werden und zwar zu gleichen Theilen an Angehörige der Parteien. Ein Mitglied der Geschlechter, das den Bünsten feindlich gegenüberstand, konnte somit niemals zu einem Posten in der Verwaltung der Stadt gelangen.

Diese aus vierundvierzig Rathgebern beider Klassen bestehende Versammlung hieß der kleine Rath; der grosse Rath wurde dadurch gebildet, dass man die Büroleiter der achtzehn Bünste hinzuzog. Die Büroleiter waren ein Ausschuss jeder Bunft von zwölf Personen; mit ihnen beriet sich der Buntmeister, ihnentheilte er das im Rath beschlossene mit und versammelte sie einen Tag vor dem Zusammentreten des großen Rathes um sich.

Der Gemeinde von den Büsten wurden alle Thore, die Schlüsse der Stadt, alles Eigenthum, alle Dokumente übergeben und mit dem Gewölbe, darin Siegel, Bücher und Briefe der Stadt aufbewahrt wurden, sollte Niemand zu thun haben, der nicht von den Bünsten dazu bestellt wurde. Diese Bestimmungen brücken aus, was in der ganzen neuen Verfassungsordnung ausgeprägt ist: die Herrschaft der Bünste.

Wie in Augsburg, ging die Entwicklung in den meisten anderen Städten vor sich. Die Herrschaft der Bünste bildete sich, begünstigt durch verschiedene Umstände, immer weiter aus, blieb während des vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts auf ihrer Höhe, um nach und nach an Macht abzunehmen. Zunächst sank ihre Kraft durch den Einfluss der Geschlechter, dann wurden sie durch die wirtschaftliche Entwicklung unbrauchbar und überflüssig gemacht, so dass sie in Bezug auf das politische Leben vollständig machtlos standen.

Man kann sich denken, dass die Geschlechter der Machtstellung der Bünste

der ersten Besiegung über die Verlängerung und Verschärfung des Sozialstengesetzes im deutschen Reichstage dieses schwachvolle Treiben; mit Schweizer amtlichen Altenstücken bewies er, dass das Drucken der "Freiheit" von einem Schreiner Schröder-Brennwald im Auftrage eines Komitees bezahlt wurde und dass dieser Schröder schon seit Jahren im Dienste der Polizei stand, dass er Geld auf Anweisung des Polizeiraths Krüger in Berlin empfangen und seine Berichte an den Polizeibeamten Krüger gesandt habe. Auch ein Hamburger "Genosse Wichmann" war Mitarbeiter der "Freiheit" und zwar im Auftrage und im Solde des Altonaer Polizeikommissärs Engel unter der Oberleitung des Polizeidirektors Krüger in Berlin. Als Wichmann in Hamburg zu bekannt geworden und in Folge dessen als Spitzel unbrauchbar war, wurde er ohne Pension entlassen und bekannte (im Juni 1888) in einem Brief an den Adg. Auer seine Schurkerei; W. war es auch, der in die "Freiheit" (Nr. 12, 1881) eine Korrespondenz aus Hamburg hineinbrachte, durch welche anlässlich des Attentats auf den Baron zur nämlichen Rühmheit in anderen Ländern aufgefordert wurde. Wichmann wurde später wegen wissenschaftlich falscher Denunziation zu zehn Jahren Gefängnis verurtheilt. Gerechtiglich wurde die Spitzelwirtschaft zuerst 1881 festgestellt in dem ersten großen Hochverratsprozess unter dem Sozialstengesetz gegen Hans und Genossen. Davos, ein belgischer Anarchist, hatte in Vlora Antrags in Deutschland Gefinnung genommen

neidisch gegenüberstanden und dass sie Alles daran wandten, den verlorenen Einfluss wieder zu gewinnen. Schon zu Ende des vierzehnten Jahrhunderts fanden fast gleichzeitig in vielen Städten Versuche statt, die Bünste aus der Stadtverwaltung herauszubringen; an einigen Stellen gelang dieses auch, doch blieben meistens die Bünste Sieger und wahrten ihre Rechte.

Die großartigen Ereignisse, welche zu Ende des fünfzehnten und zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts eintraten, vor Allem die Entdeckung Amerikas, sowie die Reformation mit den ihr folgenden Kriegen, wirkten außerst ungünstig auf die Bünste ein. Denn wenn auch durch die erstere Gegebenheit ein weites Absatzgebiet eröffnet wurde, so war es doch nicht zu verhindern, dass sich die alten starren Formen und Schranken allmälig lockerten. Je mehr sich aus dem Stadt- und Marktverkehr ein Weltverkehr entwickelte, umso mehr gingen die Bünste zurück. Die Nachwirkungen der Reformation wirkten überhaupt auf alle Verhältnisse sehr ungünstig ein, der Wohlstand ging zurück und die kleinen Leute, also auch die Handwerker gerieten in eine immer schlechtere Lage.

In welchem Verhältnisse die Bünste zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts standen, ergibt sich aus einem Altenstück aus damaliger Zeit. Es ist ein Gildenbrief des Amtes der Barbiere in Schandau und stammt aus dem Jahre 1736. Demgemäß war der Verkehr mit anderen in- und ausländischen Verbänden von Berufsgenossen streng verboten und mit schwerer Strafe bedroht. Das Korrespondiren des Amtes durfte nur unter Zustimmung und Finanzierung von oberen Behörden, z. B. des Magistrats, in notwendigen Fällen geschehen. In dessen Gegenwart mussten auch die eingegangenen Schreibungen geöffnet und die Antwort mit denselben vereinbart werden. Von irgend einer Selbstständigkeit und Macht der Innungen kann also nicht mehr die Rede sein. Ihre Zeit war abgelaufen und ein weiteres Brett zu ihrem Sarge lieferte die Erfindung der Dampfmaschine um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts.

Von jetzt ab, durch die Nutzarmachung des Dampfes gefördert, trat ein mächtiger Aufschwung im Bereich der Industrie und des Handels ein. Der Mittelstand begann zurückzugehen, indem sich immer mehr Kapitalien in den Händen Einzelner ansammelten. Die drei großen Produktivkräfte: Natur, Arbeit und Kapital treten nur nach einander auf und ersezten sich. Die Produktivkraft Natur hatte ihre Herrschaft verloren, sobald die von ihr

aufgesucht. Dies war von einem Expedienten der Most'schen Freiheit, dem Polizei-Spitzel Neumann, der preußischen Polizei verraten worden. Im Dezember 1880 erfolgte in Augsburg Davos' Verhaftung, gleichzeitig wurden in verschiedenen deutschen Städten etwa 50 Personen in Haft genommen, unter ihnen auch ein Schneider Horsch aus Frankfurt a. M. Das Horsch gegen einen Wochenlohn von 20 M. im Dienste des dortigen Polizeiraths Stumpf spitzelte, die Freiheit abonnirt, verbreitete und "Sturen" zu Altenstücken besorgt hatte, wurde in der Gerichtsverhandlung vor dem Reichsgericht festgestellt, das Beugth des Horsch abgelehnt und über die Art seiner Verwendung von dem Vorstehenden ein Tadel ausgesprochen. Neun Angeklagte wurden im Oktober 1881 zusammen zu 18 Jahren und 11 Monaten Buchthaus verurtheilt. Davos wurde nach zehnmonatlicher Untersuchungshaft zu 2½ Jahren Buchthaus verurtheilt, die er in Halle abdiente. Im November 1884 kehrte er nach Bonn zurück. Most hatte sich inzwischen nach Amerika begeben und von dort aus durch seine mit Hilfe von Bockspitzeln nach allen Ländern verbreitete "Freiheit" zur Propaganda der That durch Attentate aufgeföhrt. Besonders in Österreich ließ diese Saat auf einen günstigen Boden. Karl Rautsky schildert dies in "N. Z." 1890, 53, folgendermaßen: "Die österreichische Sozialdemokratie wurde durch das deutsche Sozialstengesetz (1878) schwerer getroffen als das unmittelbare Objekt bestselben; es beächtigte sich ihrer eine gewisse Haltlosigkeit

hervorgebrachten Erzeugnisse nicht mehr den Bedürfnissen des Menschengeschlechtes genügten, die Herrschaft der Arbeit war vorbei, sobald es möglich war, mit Hilfe der Maschinen besser und billiger zu fabrizieren. Jetzt war die Herrschaft dem Kapital aufgefallen und damit war das Schicksal der Innungen besiegelt.

In die neue, mit Menschenrissen vorwärtsstrebbende Zeit passte nicht mehr das einschränkende Gebaren der Bünste, die große Mehrheit verlangte ihren Fortfall und theilsweise sind dieselben schon von der Bildfläche verschwunden. Die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 hat die Zwangsinnung für Deutschland besiegelt, die Innungen, die noch bestehen, in die aber Niemand hineingetrieben werden kann, führen ein sehr problematisches Dasein.

Wer ist der grösste Feind der Arbeiter?

"Wozu dieses müstige Fragen?" — "Ein Zug der Unzufriedenheit und des sozialen Missbehagens ist es, welcher zur Zeit durch die breiten Schichten der Gesellschaft geht, und wohl als Symptom da für angesehen werden muss, dass in den Produktionsmethoden und Austauschformen Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf fröhliche ökonomische Bedingungen eingeschulte gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt."

Die heutige Gesellschaftsordnung ist geschaffen durch die Bourgeoisie. Die der Bourgeoisie eigentümliche Produktionsweise ist die kapitalistische Produktion. Und die Wirkungen dieser Produktion, kennst Du sie nicht? Hast Du noch nichts von den trotz langer und angestrengter Arbeit am Hungerthaus dahinsiechenden Webern im Erz- und Eulengebirge gehört? Ist Dir die Berrissenheit so vieler Arbeiterfamilien, wo Mann, Weib und Kind dem Erwerb für kümmerlichen Unterhalt nachgehen müssen, so gänzlich unbekannt? Hast Du noch nichts von der Degeneration der Geschlechter, von dem Hingeben aus Not — aus Hunger — der Töchter des Volkes an die Wüstlinge der sogenannten "besseren Kreise" erfahren? Hast Du aus der Kriminalstatistik über Vergehen gegen das Eigenthum u. dergl. noch keinen Schluss gezogen?

Und weiter, ist Dir in der übermäßig langen Arbeitszeit der Beschäftigten und der langen Arbeitslosigkeit der nach Hunderttausendenzählenden Arbeitslosen noch kein Widerspruch aufgefallen?

Kennst Du sie nicht, die chronische Krise, die Signatur der Zeitzeit, welche

und Verzweiflung. Eine eigene Literatur von Bedeutung hatte die österreichische Sozialdemokratie nicht geschaffen; ihre Literatur war direkt oder indirekt von Deutschland importiert gewesen. — Die österreichische Parteiopposition war in allen nicht speziell österreichischen Fragen das Echo der deutschen. Als man dieser das Lebendliche ausgeblassen, wurde sie das Echo einer deutschen Emigrantenpresse. An Stelle des "Vorwärts" trat jetzt für die Österreicher die Bonner "Freiheit". Das war nicht geeignet, das falsche Bild richtig zu stellen, das man sich in Österreich seit dem Oktober 1878 von der deutschen Sozialdemokratie entwarf. Es gelang der "Freiheit" um so leichter, Einfluss zu gewinnen, als es zur Zeit ihres Entstehens ein deutsches Blatt nicht gab, das sich offen als sozialdemokratisch bekennen durfte. Das alles hätte schon genügt, politischen Abenteuerern den Weg in der österreichischen Arbeiterschaft zu ebnen. Über zu diesen Umständen gesellte sich noch einer von entscheidender Bedeutung: Zu derselben Zeit, als die Taktik der deutschen Sozialdemokratie anscheinend ihren vollen Bankrott anzeigte, begannen die Erfolge der terroristischen Taktik in Russland die Aufmerksamkeit ganz Europas auf sich zu ziehen. Vom Schlag der Wera Bassilius (Februar 1878) bis zur Tötung Aleksanders II. (18. März 1881) schien die Kraft der Terroristen stetig anzuwachsen und der Adl. "Ismus" im Kampf gegen den unsichtbaren Gegner zu erlegen. Die österreichische Sensationspresse that noch ein Uebiges, einerseits die Thaten der

sich in die Worte Heinrich Heine's kleiden lässt:

"Wer da hat, ber wird gar bald
Noch viel mehr dazu bekommen,
Doch wer wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen."

— Du kennst sie, diese Wirkungen und erkennst somit als Ursache die kapitalistische Produktion und ihre Träger an, und trotzdem die Frage "Wer ist der grösste Feind der Arbeiter?"

Nur gemach, ungestümter Frager. Gewiss erkenne ich dies alles an und halte wie Du die Beseitigung der kapitalistischen Produktion für das einzige Nötige, um menschenwürdige Zustände zu schaffen.

"Aber", so frage ich, "warum hat man dieses System noch nicht beseitigt, trotzdem in Wort und Schrift und durch das Vorhandensein der Arbeiterbewegung auch schon in der That dagegen angekämpft wurde?"

Antwortend sage ich: Weil außer diesen Stücken der heutigen Gesellschaftsordnung, welche ein Interesse an deren Bestand haben, noch eine Unmasse unfreiwilliger Stücken dieser verlotterten Gesellschaft existieren, den grossen, ja den grössten im Hintergrund liegenden Feind des um seine Befreiung ringenden Proletariats repräsentirend, und dieser Feind — es ist der Arbeiter selbst, der laue, gleichgültige Arbeiter, oder mit dem Dichter gesprochen:

Der Feind, den wir am tiefsten hassen,

Der uns unlagert schwarz und blickt,

Das ist der Unverständ der Massen,

Den nur des Geistes Schwert durchbricht.

Ja, der Unverständ der Massen ist es, der einem halbigen Anlangen am Biene sehr hinderlich im Wege steht. Mit wie viel unnothigen, nichtsagenden Dingen sieht man oft die Arbeiter ihre Zeit vertrödeln. Gewiss gönnen wir jedem Menschen sein Vergnügen, ja der Arbeiter hat eher als mancher unnütze Tagedieb ein Recht darauf, aber wie viele gibt es, für die außer ihrem Vergnügungsbereiche gar nichts existirt, denen der Wechsel eines Vorstandspostens oder die Anschaffung eines Trinkhorns viel wichtiger erscheint als eine Reichstagsauflösung oder eine Volksforderung.

Mit welchem Heroismus spart sich oft Mancher einige Bessergroschen ab, damit sein ihm über Alles gehendes Vereinchen auch bald eine Fahne bekommt, weil ein Rivalenverein auch erst Fahnenwelthe hatte; ausgesperrte, hungrnde Arbeiter, Obdachlose, Krause re. gibt es für solche nicht. Ich könnte dieser Seite von "Gleichgültigen" noch manches Glied auffügen, doch mag dieser Hinweis genügen.

Eine andere Spezies des Unverständes und somit ein Hemmschuh sind die Bössartigen oder auch mit Blindheit Geschlagenen. In jedem grösseren Geschäft

"Völklingen" mit einer gewissen Räuberromantik zu umgeben, andererseits sie nicht und andre Thaten verrichten zu lassen, als sie wirklich beginnen. Kein Raub, kein Mord konnte in Russland passiren, der nicht den Terroristen in die Schüre geschoben wurde — es sei denn das Gegenthell von vorherheretn erwiesen gewesen. Wer die für die Arbeiterbevölkerung bestimmten Wiener Blätter, namentlich das "Tegeblatt" und das "Extrablatt" las, der musste glauben, die Organisation der Terroristen umfasse viele tausende von Mitgliedern und bestreite fahrlässige Schäden, von Rossstechstählen, Beraubung von Staatsklassen u. s. w. herkömmend. Das hatte gerade noch gefehlt, um den durch die Rückwirkungen des deutschen Sozialstengesetzes halslos gewordenen Arbeitern vollends den Kopf zu verdrehen. Die sich als einzige echte Revolutionäre gebenden Anarchisten gewannen, unterstützt von Bockspitzeln, die Oberhand, besonders der Zimmermaler Josef Pleiker (geb. 1856), der im Pester "Sozialist" erklärte, man müsse für die gewaltsame, blutige und schonungslose Revolution und daher für die Entfesselung aller wilden Instinkte im Volke arbeiten. Zahlreiche geheime Flugschriften verherrlichten die "Revolution", 1881 war Peukert Delegierter der österreichischen Arbeiter auf dem Pondoner Anarchistenkongress; in Wien redigte er die "Zukunft" in anarchistischem Sinne. (Fortsetzung folgt.)

findet man solche Elemente. Statt mit den um bessere Zustände kämpfenden Kollegen gemeinsame Sache zu machen und die Ausbeutung in jeder Form zu bekämpfen, findet man sie als Gegner, ja als Verleumeder und Denunzianten ihrer Kollegen. Um die Kunst nach oben werfen sie Ehre, Ruhm, Charakter, für alles, was den Mann ziert, hieselte, kümmern sich nichts darum, wie es dem Volke in Zukunft gehen wird, wenn nur sie geborgen sind.

Außer diesen vollständig indifferenten Arbeitern gibt es aber noch eine Sorte von Arbeiterfeinden, und zwar unter den organisierten selbst.

Wer kennt sie nicht, den Schrecken und Schaden so mancher Organisation, jene kleinen „Gengroße“, welche so oft Feindseligkeiten und Zwieträcht aus oft geringfügigem Anlaß in die eigenen Reihen hineinragen, welche eifrig thätig sind, damit dieser oder jener, oft gerade um das Wohl der Arbeitersache sich verdient gemacht Habende, verächtigt und dadurch, um Ruhe zu haben, gezwungen war, sich zurückzuziehen, zurückzuziehen von einem Posten, von dem aus er bei einheitlicher Unterstützung aller Mitglieder manche Vortheile dem gemeinsamen Gegner hätte bringen könnte.

Dieses Vorhandensein von Selbstgerechtigkeit, Egoismus, Neid und Eifersucht und das oft gänzliche Fehlen von Gerechtigkeit gegen Andere, Solidarität, Opferwilligkeit, Mut und Ausdauer im Mitarbeiter — dieses Vorhandensein des Schlechten und dieses Fehlen des Guten, der gänzliche Mangel der Überzeugung von der nothwendigen Einigkeit des Handelns — diese Umstände sind es hauptsächlich, worin die heutige Gesellschaftsordnung eine Stütze findet.

„Fort mit diesen selbstgeschmiedeten Sklavenleuten und Ihr seid Frei!“

„Selbstkenntnis“ bezeichnet man als den ersten Schritt zur Besserung.

Hauptaufgabe, um diesen Feind der Arbeiter zu bekämpfen, ist es sonach, sich in Selbstkenntnis zu üben; gehe jeder in sich selbst, was er schon durch Begehung- und Unterlassungssünden an der Arbeiterbewegung mit gefehlt hat; suche jeder Einzelne seine diesbezüglichen Fehler abzustreifen, denn in der Heilung der Einzelnen liegt die Gesundheit der Massen.

Kein zögern des „Es nützt ja doch nichts, ist doch unsont.“ Nein:

„Ihr habt die Macht in Händen,
Wenn Ihr nur einig seid,
Dann haltet fest zusammen,
Dann seid Ihr bald befreit.“

„Buchbinderg.“

Die Reform und Ausdehnung der Unfallversicherung,

welche die Reichsregierung schon so oft verheißen hat, soll nun endlich vor sich gehen. Die darüber von der Regierung angestellten Erhebungen, Erwägungen und Vorarbeiten haben sich nach etwa drei-jähriger Dauer zu drei Gesetzentwürfen verbildet, die zur Zeit den Regierungen der Bundesstaaten zur Begutachtung und Neuherung vorliegen. Die „Frz. Btg.“ war in der Lage, im Nachstehenden die drei Entwürfe ihrem wesentlichen Inhalte nach in aller Kürze mitzuteilen, obwohl man in Regierungskreisen seltsamerweise mit der größten Umgangsschlecht hemmelt ist, dieselben der öffentlichen Diskussion zu entziehen, abgesehen natürlich von den beliebten tropfenweisen Veröffentlichungen der offiziösen Presse.

Die drei Entwürfe bestiteln sich:

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Erweiterung der Unfallversicherung.
3. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausdehnung der

Unfallversicherung auf Gefangene.

Jedem Entwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben, dem zuerst angeführten außerdem eine Zusammenstellung des gegenwärtigen Wortlautes der abzudenkenden Gesetze vom 6. Juli 1884, 28. Mai 1885, 5. Mai 1886, 11. Juli 1887 und 13. Juli 1887 angefügt.

Wenn auch zugegeben sehr mag, daß man bestrebt war durch die vorliegenden Entwürfe Manches zu bessern, so lassen dieselben doch, was von vornherein hervorzuheben ist, nach den verschiedensten Richtungen hin recht viel zu wünschen übrig.

Um zunächst mit der vorgeschlagenen Reform der gegenwärtig in Gültigkeit befindlichen Gesetze zu beginnen, so schlägt der diesbezügliche Entwurf eine wesentliche Erweiterung des Umfanges der Fürsorge für die versicherten Personen vor, die im Interesse der Verletzten und ihrer Hinterbliebenen sehr zu begrüßen ist. Es soll nämlich die Versicherung sich nicht nur wie seither ausschließlich auf Unfälle „bei dem Betriebe“ erstrecken, sondern auch auf solche Unfälle, die dem Versicherten bei der Errichtung häuslicher oder anderer, im Auftrage seines Arbeitgebers geleisteter Dienste zustoßen. Ferner soll der Bezug einer Unfallrente schon vor Beginn der vierzehnten Woche nach dem Unfall dann eintreten, wenn der aus der Krankenversicherung erwachsende Anspruch auf Krankengeld vorher fortfällt, aber bei dem Verletzen noch eine die Gewährung der Unfallrente rechtfertigende Erwerbsbeschränkung fortbesteht.

In diesem Falle soll nämlich dem Verletzen mit Wirkung vom Tage des Fortfalls der Krankenunterstützung bis zum Beginn der vierzehnten Woche nach Eintritt des Unfalls für jeden Arbeitstag eine Entschädigung in Höhe der Hälfte des ortüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Lagerarbeiter des Beschäftigungsortes von der Genossenschaft gewährt werden. Die Krankenkasse ist verpflichtet, dem Verletzen diese Entschädigung auf Antrag vorschußweise zu zahlen. Sodann soll dafür gesorgt werden, daß der Entschädigungsbericht nicht in Folge von Streitigkeiten darüber, welche Genossenschaft die Entschädigung zu gewähren hat, einstweilen ohne die gesetzliche Unterstützung gelassen werde, aber gar in Folge widersprechender Entscheidungen der Schiedsgerichte der in Frage kommenden Berufsgenossenschaften gänzlich leer ausgehe. Zu diesem Zwecke bestimmt der Entwurf, daß die von dem Verletzen zuerst in Anspruch genommene Genossenschaft verpflichtet ist, alsbald die Entschädigung festzustellen und später das Recht hat, die nach ihrer Ansicht verpflichtete andere Genossenschaft wegen Erfuges der gezahlten Entschädigung und wegen Uebernahme der Entschädigungs pflicht in Anspruch zu nehmen. Ueber diesen Anspruch entscheidet das Reichsversicherungsamt.

Eine günstigere Gestaltung des Entschädigungsanspruchs steht der Entwurf insfern vor, als bei der Bemessung der Rente für Hinterbliebene von solchen Getöteten, die wegen eines früher erlittenen Unfalls nur noch wenig verdienen konnten, unter Umständen die Unfallrente im Jahresarbeitsverdienst des Getöteten hinzugerechnet und in Folge dessen der Entschädigung ein höherer Arbeitsverdienst zu Grunde gelegt wird. Endlich soll der Kreis der entschädigungs berechtigten Hinterbliebenen auf die Enkel und Geschwister des Getöteten ausgedehnt und diesen, sowie den Abgebenten ein Entschädigungsanspruch schon dann eingeräumt werden, wenn der Getötete zu ihrem Unterhalte wesentlich beigetragen hat, also nicht nur dann, wenn er ihr „einiger“ Ernährer gewesen ist.

Der Anspruch auf eine Rente soll ruhen, so lange der Verletzte eine Gefängnisstrafe von mehr als einmonatlicher Dauer verfügt, oder in anderer Weise der

öffentlichen Fürsorge anheimgefallen ist, ferner so lange der Berechtigte nicht im Inlande wohnt. Sofern bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Rente von 10 oder weniger Prozenten der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit festgestellt ist, kann zwischen der Berufsgenossenschaft und dem Entschädigungsberechtigten eine einmalige Kapitalabfindung vereinbart werden. Im Übrigen hält der Entwurf daran fest, daß die Rente inländischer Entschädigungsberichter nicht durch Kapitalabfindung abgelöst werden darf.

Da bei den Berufsgenossenschaften das Bedürfnis hervorgetreten ist, eigene Unfall-, Kranken- oder Melonaleszentenhäuser zu errichten oder auch die Geschäftsräume in eigenen Häusern dauernd unterzubringen, soll ihnen durch Art. 28 des Entwurfs die Befugnis verliehen werden, Grundbesitz zu erwerben und einen Theil ihres Vermögens in Hypotheken anzulegen. Bezüglich des Verfahrens bei der Feststellung der Entschädigungen ist eine neue Bestimmung vorgesehen, wonach eine mündliche Verhandlung über den Entschädigungsanspruch schon vor dem Feststellungsorgan der Berufsgenossenschaft stattfinden kann. Mit Stützpunkt hierauf läßt der Entwurf gegen die Schiedsgerichte nur das Rechtsmittel der Revision zu.

Weitere Abänderungsvorschläge, welche darauf hinzielen, eine Reihe von Schwierigkeiten in der Verwaltung der Berufsgenossenschaften zu beseitigen, können wir als minder wichtig übergehen und uns zu dem zweiten Entwurf, betr. die Erweiterung der Unfallversicherung, wenden. Nach § 1 desselben sollen versichert werden Arbeiter, Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge, sowie Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker in allen Betrieben, die nicht bereits auf Grund anderer Gesetze der Unfallversicherungspflicht unterliegen. Für Betriebe, welche mit besonderer Unfallgefahr für die darin beschäftigten Personen nicht verknüpft sind, kann jedoch durch Beschluss des Bundesrates die Versicherungspflicht ausgeschlossen werden. Die Unternehmer der unter das Gesetz fallenden Betriebe haben, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst über 2000 nicht übersteigt, das Recht, sich selbst gegen Betriebsunfälle zu versichern. Den Betrieben im Sinne des Gesetzes werden gleichgestellt der Steich-, Staats- und Kommunaldienst, sowie Anstalten und Veranstaltungen zu religiösen, wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Kunst, der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und der Leibesübung. Das neue Gesetz wird sich also erstrecken in erster Linie auf das Handwerk und Klein gewerbe, ferner auf die gesammte Fischerrei und die Seeschiffahrt mit kleinen Fahrzeugen, das Handelsgewerbe, endlich auf die Bediensteten in Krankenhäusern, Badeanstalten, Bildhauerwerkstätten, Laboratorien, Anstalten für Sportbetrieb, Theatern etc. Recht schwierig und echt bürokratisch ist die Organisation, die von dem Entwurf in Vorschlag gebracht wird. Käme sie zur Durchführung, so würde die zur Zeit in Thätigkeit befindliche sozialpolitische Maschinerie noch weit komplizierter und unzweckmäßiger werden, als sie ohnehin schon ist. Die Versicherung soll nämlich auf Gegenseitigkeit durch die Unternehmer der unter das Gesetz fallenden Betriebe, welche zu diesem Zweck in Unfallversicherungsgenossenschaften oder in Berufsgenossenschaften vereinigt werden, erfolgen.

Die Unfallversicherungsgenossenschaften werden nach Bestimmung der Landesregierungen für weitere Kommunalverbände ihres Gebietes oder für das Gebiet des Bundesstaates errichtet. Auch kann für mehrere Bundesstaaten oder für Gebietshälften derselben eine ge-

meinsame Genossenschaft errichtet werden. In der Unfallversicherungsgenossenschaft sind alle unter das neue Gesetz fallenden Betriebe ohne Unterschied des Betriebsgewesens versichert, deren Sitz im Genossenschaftsbezirke liegt.

Die Organe der Unfallversicherungsgenossenschaft sind der Vorstand und die Genossenschaftsversammlung. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Beamten des Kommunalverbandes oder Bundesstaates und aus Mitgliedern der Genossenschaft. Die Genossenschaftsversammlung besteht aus Vertretern der versicherungspflichtigen Unternehmer, die aber nicht durch direkte Wahl, sondern von Wahlmännern gewählt werden. Innungen, die im Bezirk der Unfallversicherungsgenossenschaft ihren Sitz haben, sollen unter Berücksichtigung der Zahl ihrer Mitglieder an der Wahl zur Genossenschaftsversammlung beteiligt werden. Neben den Unfallversicherungsgenossenschaften ist noch die Bildung von Berufsgenossenschaften vorgesehen. Es sollen nämlich auf Antrag von Betriebsunternehmern oder Unternehmerverbänden unter Befreiung ihrer Betriebe von der Zugehörigkeit zu den Unfallversicherungsgenossenschaften unter gewissen Umständen entweder neue Berufsgenossenschaften gebildet oder bestehende Berufsgenossenschaften erweitert werden. Die Bildung beziehungsweise Erweiterung der Berufsgenossenschaften wird von der Zustimmung des Bundesrates abhängig gemacht. Was die von den Mitgliedern der Unfallversicherungsgenossenschaft zu leistenden Beiträge anbelangt, so sollen dieselben nach dem Maßstabe der öffentlichen Abgaben durch entsprechende Beiträge zu denselben oder nach der Zahl der Vollarbeiter des Betriebes ohne Rücksicht auf die Höhe der von den Versicherten verdienten Löhne und Beiträge berechnet werden. Die Beiträge sind so zu bemessen, daß durch dieselben außer den sonstigen Auswendungen der Genossenschaft der Kapitalwert der im abgelaufenen Rechnungsjahr zur Last gefallenen Renten gedeckt wird. Bei Berechnung der Renten soll bei Mitgliedern von Krankenkassen als Arbeitsverdienst zu Grunde gelegt werden der dreihundertsachige Betrag des für ihr Krankengeld maßgebenden Durchschnittslohnes oder wirklichen Arbeitsverdienstes oder der dreihundertsachige Betrag des ortüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter, falls die Versicherten nicht Mitglieder einer Krankenkasse sind. In seinen anderen Bestimmungen lehnt sich der Entwurf an die bereits bestehenden Gesetze unter Berücksichtigung der für dieselben in Aussicht genommenen Reformen an. Der dritte Entwurf endlich will die Gefangenen und die in öffentlichen Befestigungsanstalten, Arbeitshäusern etc. untergebrachten Personen gegen die aus Unfall ihrer Beschäftigung für die Gefangenheitsverwaltung oder für Rechnung eines Unternehmers ihnen zustoßenden Unfälle versichern. Die Versicherung soll durch den Bundesstaat erfolgen, soweit nicht durch Landesgesetz andere Träger der Versicherung bestellt werden. Die Entschädigung der Gefangenen beginnt mit dem Zeitpunkt ihrer Entlassung. Die Rente beträgt im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit einen entsprechenden Bruchteil dieser Summe. Auch die Renten der Hinterbliebenen und der Angehörigen von Gefangenen sind von vornherein auf bestimmte Beträge fixirt. Im Übrigen lehnt sich dieser Entwurf an die Bestimmungen der anderen Unfallversicherungsgesetze an. Nur eine im § 9 des selben enthaltene Bestimmung verdient besonders hervorgehoben zu werden. Danach soll nämlich in solchen Fällen, in welchen ein Gefangener bei der Beschäftigung auf Rechnung eines Dritten (eines Unternehmers) verunglückt, dieser Dritte verpflichtet sein, an den Träger der Versiche-

tung den Kapitalwerth der erwachsenen Renten zu zahlen.

Die vorstehenden Mittheilungen machen selbstredend keinen Anspruch darauf, eine erschöpfende Inhaltsangabe der drei neuesten sozialpolitischen Gesetzentwürfe darzustellen, sie dürften aber das Wichtigste und Interessanteste aus denselben herausgegriffen haben und damit den Anstoß dazu geben, daß die öffentliche Diskussion sich nunmehr dieser wichtigen Materie zuwendet.

Korrespondenzen.

Former.

Eisenach. Der Zugang von Formern nach Eisenach ist streng fernzuhalten wegen Wahlregelung unseres Schriftführers. Weiterer Bericht folgt.

Elbing. Bewerkenswerthe Zustände herrschen in der Eisenindustrie! So z. B. sind die Modelle so wenig in Ordnung, daß bei einem Fahrrad von etwa 100 Rahmen 8 stehen bleiben. An diesem Rad arbeiten zwei Formen von Früh 5 bis 8 Uhr Abends und erhalten dafür 12 M. Weil aber in Folge des schlechten Modells alles zusammenfiel, war die Hoffnung auf einen besseren Verdienst auf Sand gebaut. Trotzdem der Meister einfah, daß die Schuld am Modell lag, erhielten wir nicht die geringste Vergütung, sondern auf Nachsuchung einer solchen wurde uns erklärt, der Herr kann doch den Schaden nicht tragen, es kostet schon genug an Lohn für Formen, Eisen, für Werkstoffe u. s. w. Wenn Ihr überhaupt so ansangt, werde ich pro Bentner Maschinenguss 80 Pf. oder 1 M. geben, dann steht Ihr Euch besser. So etwas ist aber in dem El Dorado des Herrn Stadtraths nichts Seltenes, denn probirt wird alles Mögliche und Unmöglichhe, selbst wenn der Arbeiter bei solcher Probe auch nur 50 Pf. pro halben Tag verdient. Dabei kann er, wenn er sich ein klein wenig einrichtet, sehr gut auskommen, denn Wasser und Lust sind nicht nur zollfrei, sondern auch sehr gute Nahrungsmittel. So oder ähnlich geht es sämtlichen Arbeitern dieser Firma; es werden z. B. 3 Schlossergesellen und 11 Lehrlinge beschäftigt. Das sagt doch genug. Der Schlossergeselle wird gewöhnlich mit 20 Pf. Stundenlohn eingestellt, arbeitet er treu und fleißig einige Jahre, so steigt der Lohn bis 25 Pf. Jetzt wird wohl ein jeder Leser dieses berken, nun kann werden diese Arbeiter doch wohl Mann für Mann dem Verbande angehören, um sich bessern Verdienst zu ersäumen. Weit fehl geschossen! Von 21 Formern sind 4 organisiert und diese 4 sind die einzigen der Fabrik von 100 Arbeitern. Obgleich die Agitation seitens der Zahlstelle eine rege ist (unsere Versammlungen sind stets durch Lagesordnung und Diskussion interessant), ist die Kluft bis jetzt umsonst gewesen, die Zahlstelle auf die Höhe zu bringen, welche sie haben müsse. Denn nach den hier wohnhaften Metallarbeitern möchte die Zahlstelle Elbing zu den stärksten gehören. Mögen doch endlich einmal die Arbeiter einsehen, daß der Willkür der Herren Stadt- und Gehirn-Räthe u. s. w. endlich ein Halt zugewiesen werden muß und dieses nur vereint möglich ist, weil wir einzeln den Herren gegenüber im wirtschaftlichen Kampfe nichts sind. Mögen sich doch die Arbeiter alle organisiren, dann bricht auch die Sklavenkette und die Arbeit wird frei.

Schwäb.-Gmünd. Da wir wegen der Lohnverhältnisse gezwungen wurden, die Arbeit bei der Firma Gebr. Ritz u. S. Schweizer hier niederzulegen, so haben wir folgende Erklärung abzugeben. Nachdem wir bei oben genannter Firma seit kurzer Zeit beschäftigt waren und die Arbeit im Tagelohn übernommen hatten, der Lohn aber nur auf 2 M. 80 J. bis 3 M. 80 J. sich beltef, so reklamierten wir deshalb. Herr Ritz rief jeden Einzelnen auf das Komptoir und zwang uns einfach den Ullerd auf. Dabei stellte er aber die Preise so niedrig, daß wir mit dem Verdienst nicht in der Lage gewesen wären unsere Freizeit zu bestreiten. Als wir ihm dieses mitteilten, sagte er uns kurzweg, daß, wenn wir nicht so arbeiten wollen, sofort aufzuhören könnten; er folgte noch hinzu: er wolle auch einmal daraus kommen. Es blieb uns nichts Anderes übrig, als die Arbeit niederzulegen, damit der Ullerd nicht eingeführt wird. Deshalb, Kollegen, ersuchen wir Euch dringend, diese Kluft zu meiden, damit nicht die Kollegen, welche noch im Tagelohn dort arbeiten, gezwungen werden, diesen erbärmlichen Ullerd anzunehmen.

Klemperer.

Borkum. In einer am 2. Juni bei Schloß stattgefundenen Mitgliederversammlung der Klemperer bisherigen Zahlstelle wurde

eine Sektion der Klemperer des D. M. V. gegründet. In die Ortsverwaltung wurde W. Berger als Bevollmächtigter, W. Pungel als Kassier, sowie 3 Revisoren gewählt. Die Mitgliederversammlungen finden jeden 2. und 4. Samstag, Abends halb 9 Uhr, bei Hönnig statt.

Dresden. Am 2. Juni tagte eine öffentliche Klempererversammlung, zu welcher soll Reichelt aus Leipzig das Referat übernommen hatte. Der Redner wies in seinem mit vielem Erfolg aufgenommenen Vortrag auf die Notwendigkeit einer guten und festen Organisation hin. Es sei deshalb notwendig, daß alle Berufsgenossen dem D. M. V. sich anschließen. Redner forderte sodann eine Agitation für den in Hamburg geschlossenen Lohntarif auf. In der sehr lebhaften Debatte wurden Stimmen laut, welche für die Gründung einer Sektion der Klemperer eintraten. Die Versammlung erklärte sich aber wegen der zu befürchtenden Maßregelungen dagegen. Mit einem warmen Appell an die Versammlung, sich dem Verbande anzuschließen, wurde nach einstimmiger Annahme folgender Resolution die Versammlung geschlossen: "Die heutige von 800 Personen besuchte öffentliche Klempererversammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, sie ist überzeugt, daß die Durchführung des Hamburger Lohntarifs nicht eher möglich ist, als bis die Kollegen die Notwendigkeit des unigen Zusammenschlusses erkannt haben und verpflichtet sich, demgemäß mit allen Kräften für die Weiterausbreitung des 'Deutschen Metallarbeiter-Verbandes' thätig zu sein."

Metallarbeiter.

Bodenheim. In der am 2. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Gen. G. Graf über "Die Berufstätigkeit der Juden". Dem sehr interessanten Vortrag sei Folgendes entnommen: Es sei eine weitverbreitete, fast allgemeine Ansicht, daß die Juden zu schwerer Arbeit untauglich, zu faul und nur zu leichtem Handel und zum Geldgeschäft verwendbar seien. Daß Juden Handwirke und auch Handwerker seien Klinge der Welt fast unglaublich und doch sei es so. Eine klasse Juden verdient ihr Brod ebenso wie die Christen im Schwange ihres Angesichts, mit dem Unterschiede allerdings, daß die Juden ein ungleich stärkeres Kontingent zum Handelsstande stellen als die Christen, während diese wiederum in ihrer großen Mehrheit der Handwirtschaft zugewandt sind. In Preußen beträgt bei einer erwerbsfähigen (männlichen jüdischen) Bevölkerung von ungefähr 70,000 Personen die Zahl der Handwirke 950—1000, jüdische Handwerker 11—12,000, während dem Handelsstande ungefähr 40,000 angehören. Es fehlen also dem leichten Erwerbe 55 Proz., dem schweren 25 Prozent der arbeitsfähigen (männlichen) jüdischen Bevölkerung zu. Die Zahl der schwer Arbeitenden erhöht sich noch, wenn man die Handelsgeschäfte in leichte und schwere teilt, zu dem leichten Handel die Bankiers, Großhändler, Kommissionsgeschäfte, zu dem schweren die vielen herumziehenden Handelsleute, Pferdehändler, Häusler u. s. w. zählt. Die Ursache, daß die Mehrzahl der Juden dem Handelsgeschäft zugewandt liege in den historischen Verhältnissen. Der Adel betrieb mit Hilfe der Leibeigenen Handwirtschaft, in den Städten herrschten die christlichen Innungen für das "ehrliche Handwerk", die jede ihren Extra-Schutzpatron hatte, denen wiederum christliche Gilde zur Seite standen, die den Handel umfassten. Den Juden verblieb nur der Absatz, was die Christen verachteten, für unehrenhaft hielten. In sorgsam abgeschlossenen Judentümern — Gethos genannt — trieben sie niedrig wühlsigen Handel, Trödelgeschäfte, hinter denen sich Buchergeschäfte, die das Licht des Tages zu schenken hatten, verbargen. Jahrhunderte lang betrieben, haben sie ihr ganzes Ich dieser Spezialität gewidmet. Trotzdem strömte nach der Gleichberechtigungserklärung der Juden ein großer Theil derselben dem sog. ehrlichen Gewerbe zu. Da dies aber zu einer Zeit erst geschehen konnte, in der der Handwerk und Kleinbauernstand dem Untergang auslitten, ist es leicht erkläbar, daß die Zahl der denselben Zufließenden sich nicht allzusehr vergrößert habe. Niemand könnte den Juden zuwöhnen, daß sie ein sinkendes Schiff betreten sollten, das man ihnen in frischerer guter Zeit zu betreten hartnäckig verboten hatte. Den Kleinbauern seien sie die Lieferanten aller Bedarfssorten geworden, da sie bis nach Schluss der Ernte auf Kredit geben, wogegen der Christ viel zu ungeduldig sei. Zahlreich drängen sich die Söhne besser studierter Juden dem Studium zu, wo sie sich meistens als eifrig studirende, nüchterne Studenten vortheilhaft von ihren christlich-germanischen Kollegen unterscheiden. Daher die große Anzahl guter jüdischer Advoaten und Gelehrten u. s. w. Unsere grössten Vorläufer, Karl Marx, Heln, Heine, Bassalle seien aus dem Judentum hervorgegangen. Die kapitalistische Produktionsweise scheide auch die Juden trotz ihrer so gerührten Solidarität in zwei Klassen, in Aufsteiter und Ausgebuteute.

Beider finden freudige Aufnahme in den Kreisen der gegen das Kapital ankämpfenden Arbeiterklasse, ohne Rücksicht auf Klasse oder Religion. — Da durch den verlorenen Streik bei Meyer unser seitlicher Bevollmächtigter Bernhard Binder zur Abreise gezwungen ist, so mußten wir eine Neuwahl vornehmen, es wurde unser seitlicher Bevollmächtigter Wilh. Brand, Dreher, hierzu gewählt. Derselbe nahm das Amt an und appellierte an die Kollegen, daß sie ihn thatkräftig unterstützen und die Versammlungen besser besuchen mögen. Als Bevollmächtigter wurde hierauf Kollege Max Haupt, Schlosser, gewählt. Weiter wurde beschlossen, daß Herr Guhr, sowie alle seitlicheren Kollegen, die ihre Solidarität bei dem Streik so kennzeichneter, aus dem Verbanne ausgeschlossen werden sollen. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Wilh. Brand, Dreher, Bockenheim, Schöne Aussicht, 88 II.

Brunsbüttelhafen. Den fortgesetzten Schikanen der Behörden ist es schließlich gelungen, uns das Vereinslokal abzutreiben und so waren wir gezwungen, am 2. Juni nach Glückstadt zu gehen und dort, wenn auch verspätet, unser Wlafest abzuhalten. Die Fahrt wurde per Dampfer unternommen, welcher für 11 Stunden 200 M. kostete, die Musik kostete 50 M. Es sind dieses Ausgaben, die eine sehr rege Beteiligung voraussetzen. Leider flog am Morgen des 3. Juni der Regen in Strömen, so daß das Fest bald ganz in's Wasser gefallen wäre. Die Arbeiter sind jedoch hier bereits so weit gesucht, daß die Fahrt dennoch unternommen werden konnte. Wir haben aber ein Defizit von 60 M. gemacht. Diese sind größtentheils draufgegangen im Kampf mit den Behörden. Der schlichte Erfolg unseres Festes war ein durchschlagender. Wir zogen Abends durch die Straßen der Stadt Glückstadt, wo gegenwärtig der Wahlkampf tobt. Die Musik spielte die Marschallse. Bei der Abfahrt von Glückstadt wurden wir von ungefähr 700 Menschen verabschiedet. Unsere Verbandsstelle zählt augenblicklich noch 188 Mitglieder, von diesen haben sich etwa 80 an unserem Vereinsfest beteiligt, wo es Pflicht eines jeden gewesen wäre, mitzumachen. Die Suppe ist gut eingebrochen, wenn jeder einen Löffel voll davon nimmt, dann ist das Defizit von 60 M. gedeckt. Arbeiter von Brunsbüttelhafen, unser fröhlicher Vereinswirth Krause kann nun veranlaßt werden, uns sein Lokal wieder zur Verfügung zu stellen, wenn wir einig sind und ihn so lange melden, als ihm die Behörden lieber sind wie die Arbeiter. Durch Kampf zum Sieg.

Dortmund. Über "Evangelische und katholische Gesellenvereine und der Deutsche Metallarbeiterverband" sprach Genosse Dr. Büttgenau in der Versammlung der hiesigen Zahlstelle des D. M. V. Als Seitenstück zu den evangelischen Arbeitervereinen, in welchen größtentheils Nichthandwerker seien, wären in letzter Zeit evangelische Gesellenvereine gegründet worden. Die Gründung dieser Vereine geschehe im kapitalistischen Interesse. Während Fachvereine und Verbände vom Kapital bedämpft würden, trete man für die religiösen Arbeitervereine mit Geld und Presse warm ein. Wohl sei die Gründung der katholischen Gesellenvereine durch Kolping mehr im kirchlichen wie im kapitalistischen Interesse erfolgt. Die Mitglieder derselben würden aber ebenso wenig wie die der evangelischen Gesellenvereine darauf hingewiesen, ihre Lage zu verbessern, sondern als zukünftige Meister behandelt. Der Standpunkt dieser Vereine sei kleinstädtisch. Die meisten Handwerksgesellen seien außer Stande, einmal selbstständig zu werden, weil sie nicht in der Lage seien, die Produktionsmittel zu erwerben. Durch die Fortschritte der Technik würden die handwerksmäßigen Produktionsmittel entwertet. An einem Beispiel legte Redner dar, wie durch die Einführung der mechanischen Webstühle die Leistung um das Zwanzigsfache gestiegen. Der einfache Weber könne sich dieselben aber nicht anschaffen, mit seinem Handwebstuhl könne er nicht konkurrieren und so habe dieses Produktionsmittel nur noch den Werth von Brennholz, und der ehemalige Handwerksmeister sei hindergestohlen in's Proletariat. Auch beim Einkauf von Rohmaterial sei der Kleinmeister im Nachtheil; auf die Gesetzgebung habe derselbe keinen Einfluß. Nun sei es Zweck dieser Vereine, die Gesellen auf den zukünftigen Meister zu vertreten und sie davon abzuhalten, ihre klassenlage zu begreifen, und das jetzt, wo das Handwerk im Löderkampf liegt, der Kleinmeister vielfach hinter dem Lohnarbeiter stehe, und sein Los von Tag zu Tag trauriger werde. Die konfessionelle Trennung der Arbeiter läme nur dem Unternehmer zu gute. In den Unternehmerverbänden, Kartellen u. s. w. verfolgen Protestant, Katholiken, Juden und Ethnien — leichter würden wohl die Wehrzähler bilden — friedlich miteinander ihre Interessen. Jedem Arbeiter, dem es darauf ankomme, seine Lage zu verbessern, sei deshalb der Eintritt in die Gewerkschaften zu empfohlen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. In ihnen fänden alle Platz. Keiner wird dort in seinem religiösen Gefüle ver-

lebt. Wollten die Arbeiter bessere Lebensbedingungen erringen, so müssten alle ohne Unterschied der Religion und Politik zusammen kämpfen. Mit den Worten: "Proletarier aller religiösen Bekennnis vereint Euch!" schloß Redner seinen mit reichem Erfolg aufgenommenen Vortrag. — Die Verbreitung der "Metallarbeiter-Zeitung" wird in Zukunft von vier Kollegen, welche sich freiwillig hierzu melden, betreut werden.

Dresden. In der am 29. Mai vom D. Met.-Arb.-Verb. Dresden-Reutlingen einberufenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung referierte zu Punkt 1 der ehemalige Volksschullehrer Genosse Wolf über "Christenthum und Sozialismus". In seinem fast zweistündigen mit Erfolg aufgenommenen Vortrage erläuterte derselbe, wie die Kirche von früherer Zeit an bestrebt war, das Volk nur in Dummmheit zu erhalten und unsere religiöse Geistlichkeit noch das Gleiche verfuhr. Jedoch, wie der Referent in seinem Schlussworte ausführte, ist nur der Sozialismus dazu berufen, die Arbeiter aus diesem Banne zu erlösen. In der Debatte sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Zu Punkt 2, Gewerkschaftliches, wurde der Antrag gestellt, in sämtlichen Zahlstellen abwechselnd Versammlungen abzuhalten, wo jedoch die Räumlichkeiten zu klein, ein größeres Lokal zu beschaffen. Werner wurde in Bezug auf die Wahl eines Delegierten zur Delegationskonferenz beschlossen, die Wahl für die nächste Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen.

Durlach. In der am 7. Juni im Versammlungslokal abgehaltenen gut besuchten Monatsversammlung gab unter "Verschiedenes" ein großer Theil der Kollegen ihrer Verbindung darüber Auskunft, daß die Vorstandsschaft in Stuttgart bezüglich des seit bald einem Vierteljahr beendigten Formstreiks in Nürnberg immer noch zur Ableferung von Baumstellmännern aufzufordern müsse und beansprachte den Vorstand, unsere Vorstandsschaft aufzufordern, die Namen aller berjenigen, welche in dieser Angelegenheit das Pflichtbewußtsein in so unverantwortlicher Weise verleugnen, in unserem Verbandsorgan öffentlich bekannt zu geben. Nachdem noch 87 (!) Kollegen ebenfalls unter "Verschiedenes" in mehr oder weniger garter Form ihre Ansichten über die wichtigsten Punkte dargelegt hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Wir glauben mit diesem Bericht unseren Kollegen "draußen im Reich" den Nachweis geführt zu haben, daß die Durlacher nicht schlafen.

Gmündchen. Eine hier am 4. Juni im Restaurant zum schwarzen Adler abgehaltene Versammlung der Metallarbeiter verabschiedete sich zu vereinigen und dem D. M. V. beizutreten. Angesichts der immer weiter sich entwickelnden maschinellen Produktionsweise und der damit verbundenen Heranziehung ungeliebter Arbeitskräfte zu Ungunsten der Metallarbeiter, ist es sehr am Platze, sich eng an einander zu schließen, denn die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ziehen immer weitere Kreise und das schöne Wort von Harmonie sinkt immer mehr zu leeren Phrasen herab. Es ist somit auch hier der Grund gelegt zur Weiterverbreitung der hohen Ideale der Arbeiterbewegung. Die Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Organisation, wurde unter lebhafter Diskussion sehr befriedigend erledigt und das Interesse, welches die Anwesenden durchaus befleßt, bietet uns die beste Garantie für die festen Wurzeln der neugegründeten Sektion. Es ist dieses Resultat insofern um so freudiger zu begrüßen, als hier von gewissen Kreisen die Interessen der Arbeiter ganz verlebt behandelt werden. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Vorsitzender Friedrich Dorn, Kassier Hans Hecel, Schriftführer J. G. Bachmeier, Revisoren Adam Maigl und Hans Münnich.

Gießen. Am 2. Juni hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab, die leider wieder sehr mäßig besucht war. Zu Punkt 1, Vortrag, erhielt Genosse Dröbig das Wort, welcher sich in ausführlicher und gediegener Weise über die Lage der Metallarbeiter im Allgemeinen und die Behördenzüchtung ausbreitete. Unter Punkt 2, betreffend ein Flugblatt, entspann sich eine rege Diskussion, da von einem Kollegen Bedenken aufgeworfen wurden, ob es denn auch von Nutzen sei, ein Flugblatt herauszugeben, da die militärische Agitation mehr bezwecke. Es ist dies wohl in einer Art ganz richtig, aber es kommen trotz allen Wufforderns keine Metallarbeiter in die öffentlichen Versammlungen; darum ist es notwendig, daß wir mit allen Mitteln versuchen müssen, unsere Organisation zu fördern. Das Flugblatt, das von einer Kommission ausgearbeitet ist und zur Verleihung kam, wurde nach Beschriftung seitens mehrerer Kollegen angenommen. Im Punkt 3 wurden noch mehrere kleinere Angelegenheiten erledigt, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß. — Die Interesslosigkeit seitens mehrerer Vereinsmitglieder ist geradezu unerhört. In Versammlungen sieht man sie nicht oder höchstens alle halbe Jahre einmal. Sie denken, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, ist es schon gut genug gehabt, allein darum fällt es

ebensfalls faul, sie müssen auch noch oft genug gehäuft werden. Über gerade diejenigen Mitglieder sind es, welche in Klublinien und Vereinheiten oben an stehen, anstatt unser gutes Werk mitzuhelfen zu fördern, denn von 800 Metallarbeitern, die hier beschäftigt sind, gehören erst 50 dem Verbande an. Darum rufen wir Euch zu: Besucht die Versammlungen besser, kämpft mit uns um unser gutes Recht, denn wenn wir alle, Mann für Mann, unsere Schuldigkeit thun, muss das Werk gelingen. Dann können die herrschenden unerhöhten Missstände beseitigt werden. Und an alle den Verbänden noch Fernstehenden richten wir den Appell, sich dem D. M.-B. anzuschließen, denn nur durch eine allgemeine einheitliche Organisation kann etwas geschaffen werden. Mögen diese Bitten mit beitragen helfen, dass hier Abhilfe geschaffen wird.

Heilbronn. Wenn wir die Spalten der "Metallarbeiter-Zeitung" in Anspruch nehmen, so geschieht es gewiss nicht, um den hiesigen Büständern ein Lobbleb zu singen. Man könnte zugreifen, die hiesigen Metallarbeiter stehen in den glänzendsten Verhältnissen, wenn man die ablehnende Haltung, hauptsächlich der älteren Arbeiter unserer Branche in Betracht zieht. Es sind dies jedoch Leute, die am meisten über schlechte Wohnverhältnisse und schlechte Behandlung klagen und schimpfen, jedoch nur am Vierfach. Wird jedoch an solche Leute die Aufforderung gerichtet, dem Verband beizutreten, um durch Organisation bessere Zustände herbeizuführen, so bekommt man die dümmsten und ordinärsten Antworten. Glücklicher Weise wird durch die Haltung dieser Leuten der Fortschritt der hiesigen Arbeiterschaft nicht gehemmt. Und so ist auch die Erwerbung des "Gasthauses zur Rose" zu einer Centralherberge für sämtliche Gewerkschaften als ein sehr großer Fortschritt zu verzeichnen. Da es nun Sache eines jeden Kollegen sein dürfte, ein solches Unternehmen zu unterstützen, so ersuchen wir sämtliche Kollegen, die Heilbronn berühren, nur in der "Centralherberge zur Rose" zu verkehren. Den Nutzen davon hat ja ein jeder selbst, da nebst reeller Bedienung für guten und billigen Kostenlohn gesorgt ist. Es werden auch von jetzt ab die Unterstützungen an die durchreisenden Kollegen in der Rose ausbezahlt. Zugleich machen wir noch auf die in dieser Nummer enthaltene Annonce aufmerksam.

Leipzig - Lindenau. In einer am 4. Juni im Saale der "Gesellschaftshalle" stattgefundenen sehr gut besuchten öffentlichen Metallarbeiterversammlung erstattete Kollege Walbel als Kommissionsmitglied Bericht über die mit Herrn Swiderski gepflogenen Verhandlungen wegen des Streiks. Zu seinem Bebauern musste Medner leider der Versammlung mittheilen, dass Herr Swiderski es ablehnte, mit der in vorheriger Versammlung gewählten Kommissior zu unterhandeln; er erklärte sich nur bereit, mit einer Deputation der Ausständigen zu verhandeln. Kollege Walbel war daher geneigt, der betreffenden Unterredung fernzubleiben. Herr Swiderski erklärte, dass er sich von Niemandem Vorschriften über die Aussöhnung seines Hauses mache lassen. Zur Einstellung von E. Mann erklärte er sich bereit, während er sich zur Entlassung des Drehermeisters Gursch nicht entschließen konnte. Er versprach aber, für bessere Behandlung sorgen zu wollen. Die Deputation konnte sich natürlich nicht entschließen, dieses Anerbieten anzunehmen, zumal von den 26 Drehern, die sich hier beschäftigt waren, nur noch einer, ein gewisser Brügge, arbeitet. Zwei von den Anfangs Stehengebliebenen haben Sonnabend ebenfalls die Arbeit niedergelegt, bezüglich wieder einige der neuen Leute, und es sieht zu hoffen, dass auch die andern noch so weit zu bringen sind. In der weiteren Verhandlung erklärte sich fübrigens Herr Swiderski bereit, die Leute wieder nach Bedarf einzustellen. Kollege Walbel glaubt annehmen zu dürfen, dass sich Herr Swiderski auch bald dazu bereit finden werde, seine sämtlichen Leute wieder einzustellen, und schlägt seinen Bericht mit dem Appell an die Anwesenden, bis zur Beendigung des Streiks den Ausständigen ihre volle Sympathie zu Theil werden zu lassen. Nachdem Kollege Kahl den Bericht für richtig erachtet hatte, nahm Kollege Herbst das Wort, um zu konstatiren, dass nach einer ihm zugegangenen Mitteilung der Drehermeister Gursch bei Swiderski entlassen sei, doch letzterer vielleicht seine Leute schon längst wieder in Arbeit genommen, wenn er nicht den Kapitalisten gegenüber diesen Standpunkt eingenommen müsste. Kollege Hagemann stellt ertere Ausführung richtig, dass zugehend, dass Gursch selbst gegangen sei. Kollege Böhm ist der Meinung, dass die bisherigen Fortschritte als Resultate der Organisation anzusehen seien, und fordert die Anwesenden auf, sich dem Verband der Metallarbeiter anzuschließen. Walbel, Reichelt und Herbst sprechen sich in demselben Sinne aus, indem sie noch besonders betonen, dass nur durch eine starke Organisation der Unternehmern

entgegentreten werden können. Kollegen Walbel ist die Mitteilung gemacht worden, dass die Herren vom Metallindustriellen-Verband Böll mit den Namen der Streikenden ausgegeben haben, in welchen bei Konventionalstrafe verboten werde, die Streikenden vor dem 15. d. M. in Arbeit zu nehmen. Hier geige sich gleich, wie Herren Swiderski das Haussrecht beschönigt werde. Nach folgende zwei Resolutionen fanden einstimmige Annahme: 1. Die heutige im Saale der "Gesellschaftshalle" tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit dem jetzigen Stand des Ausstandes der Dreher zufrieden und spricht die Erwartung aus, dass es der Ausschlusskommission gelingen möge, in Güte und durch wiederholtes Unterhandeln mit Herrn Swiderski diese Angelegenheit zu regeln, umso mehr, als jetzt durch die Entlassung des Drehermeisters Gursch die Dreher vollständig befriedigt sind und nur auf Anstellung aller Ausständigen harren. 2. Die heute in der "Gesellschaftshalle" tagende öffentliche Versammlung der Metallarbeiter erklärt sich mit den Ausständigen solidarisch und verpflichtet sich die Anwesenden, für die Ausständigen sowohl in materieller Hinsicht als auch in moralischer so lange einzutreten, bis der Streik zu Gunsten derselben beendet ist. Mit einem warmen Appell des Vorsitzenden, auszuhalten in dem Kampfe für die gerechte Sache der Arbeit, schloss die Versammlung.

Mülheim a. R. Am 2. Juni hielt hier die öffentliche Versammlung der Metallarbeiter statt, um die regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Beobachtet man in den Versammlungsbesuch, so muss man unwillkürlich denken, die hiesigen Kollegen leben im reinsten El Dorado, was jedoch nicht der Fall ist. Wir haben genau dieselben Kämpfe wie fast an allen Orten Deutschlands durchzumachen. Auf der einen Seite haben wir es mit dem Indifferenzismus der Kollegen zu thun, auf der anderen Seite legt uns die Ausbeutersippe Hemmnisse in den Weg. Man sollte doch glauben, durch den gewiss gerechtsame Streik der Brauburschen der Brauerei von Bösch und Hahn, welcher herborgerufen wurde durch die sanitätswidrigen Zustände in den Wohn-, resp. Speise- und Schlafräumen der Brauburschen, sowie durch die bekannt niedrigen Löhne, würden die Arbeiter doch endlich einmal zur Einsicht kommen und sich sagen, ohne ein geschlossenes Ganze sind wir ein Spielball der beständigen Klasse. Darum hinein in die Gewerkschaften! Erohrend den Kollegen eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung steht und in einem Zeitraum von 6 Monaten 6-7 verschiedene Vorträge gehalten worden sind, finden es die Mitglieder nicht der Mühe wert, dieselben zu besuchen. In Folge des Fernblebens aus den Versammlungen muss man sich denken, dass die Mitglieder sammt und sondens Hasen geworden sind. Das muss aufklären, denn hier in diesem schwarzen Nest, wo die Launeit der Arbeiter noch so groß ist, gibt es noch viel zu thun. Seld doch stets eingedenkt der Worte Karl Marx, welche heißen: "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" und forget darüber, dass dieser Mahnruf voll und ganz zur That wird. Zum Schlusse dieses Berichts rufen wir den Beständigen den Paragraphen 8a des Statuts ins Gedächtnis.

Wiesenburg a. R. Zum ersten Mal benützen wir die "Metallarbeiter-Zeitung", um die Kollegen zu benachrichtigen, dass wir eine Filiale des D. M.-B. gegründet haben. Über so schwer es uns geworden ist, so schwer ist es auch, die Kollegen zum Anschluss zu bewegen. Sobald von uns der Aufruf zur Organisation durch unsere Stadt ging, so schnell fingen aber auch die Hirsch-Dunder-Schen an, einen Metallarbeiter-Verein zu gründen, um uns wieder von der Oberfläche zu verdrängen. Aber wenn auch die Herren Meister Flugblätter in den Fabriken verbreiten, und können sie dadurch nur einen Vorfall verschaffen. Also Kollegen, lasst Euch nicht auf den Beim fahren. Wir richten den Mahnruf an Euch: Schlicht Euch Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Denn die Arbeitsverhältnisse sind doch die denkbare schlechtesten. Wenn Ihr berechnet, dass Ihr für den Herrn um den Stundenlohn von 18-28 und pro Tag 13 Stunden, thilweise auch die ganze Nacht arbeiten müsst, so ist zu schließen, dass Ihr nicht auf Einen gekettet seid. Darum richten wir auch den Aufruf an die organisierten Kollegen: Tretet ein für Eure Interessen und fordert alle Eure Freunde, die unserer Filiale noch fernstehen, auf, sich derselben anzuschließen. — In die Versammlung wurden folgende Kollegen gewählt: Julius Schäfer, Bevollmächtigter, Richard Sauer, Kassirer, Gustav Merkl, Karl Müller und Heinrich Hahn als Revisoren. Unsere regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Sozial des Herrn Seck statt.

Nordhausen. Am 26. Mai hielt die hiesige Bahnhofsstelle ihre übliche Mitgliederversammlung ab, welche jedoch nicht glänzend besucht war. zunächst wurden die Weltkriegsentrückt und für den ausgeschiedenen Bevoll-

und sonderbarweise immer dieselben. Ob die andern 35 Kollegen so klug sind, dass sie keine Vorträge mehr zu hören brauchen, oder ob sie von dem Aussentungssystem der Kapitalisten schon so weit abgestumpft, dass sie keinen klaren Gedanken mehr fassen können? Ich rufe Euch aber zu, Ihr organisierten Arbeiter von Nordhausen: besucht stetsiger die Versammlungen, nicht einer darf fehlen, damit wir wirklich ein geschlossenes Ganze bilden. Wenn ein jedes Mitglied seiner Pflicht eingedacht ist, so wird die Zeit nicht fern sein, wo wir dem Unternehmertum ein gebietliches Halstuch zusetzen können. Kollege Kunze entledigte sich seiner Aufgabe als Delegierter des Gewerkschaftskartells in gewohnter Weise. Da Kohler, welcher stellvertretender Delegierter war, abgereist ist, wurde an seiner Stelle Kol. Kupfer gewählt. Die Frage: "Wie ist am Platze die Agitation am wirksamsten zu entfalten?" ergab eine kleine Debatte. Die Frage: "Wie entschädigen wir unsern Delegierten vom Gewerkschaftskartell?" wurde dahin erledigt, dass ihm pro Sitzung 80 Pf verfolgt werden. Bezuglich der reisenden Kollegen sei bemerkt, dass es schon sehr oft vorkommen ist, dass dieselben die Verpflegungsstation in Anspruch genommen haben. Um dem vorzubeugen, wird beim Reisegelehrdauszahlungen eine Schlafmarke in Abzug gebracht, und ist jeder verpflichtet, auf der Verbandsherberge zu übernachten. (Siehe Ver einsanzeiger.)

Schlosser u. Maschinenschmiede.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung, einberufen von der Filiale Einsblüttel des D. M.-B., tagte am 4. Juni bei Schwarting in Eppendorf. Nachdem das Bureau aus den Kollegen Weinert, Kausholt und Spethmann zusammen gesetzt war, erhielt Kollege Junge das Wort zu seinem Vortrage über "Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen". Medner führte unter Anbereitung kurz aus, dass es leider noch so viele Arbeiter gebe, welche meinen, genug gethan zu haben, wenn sie in der politischen Partei seien; diese Leute sind jedoch vollständig auf falscher Fährte. Nur in der Gewerkschaft liege die Kraft zur Besserung der Arbeitsverhältnisse. Dann sprach er über die Vortheile und Schäden, die uns durch die Maschinen erwachsen. Auch die Arbeitsnachweissfrage wurde von ihm eingehend behandelt. Unter Anbereitung gezeichnete er in scharfen Worten den Arbeitsnachweis der Metallindustrien, welcher eine Schwäche für uns sei. Jeder Arbeiter müsse ein solches Institut aufsuchen, wo man noch schlechter als ein Sklave behandelt werde. Hierauf sprachen die Kollegen Hoyer, Kausholt und Weinert noch im Sinne des Referenten und forderten die Anwesenden auf, recht kräftig für den Verband zu agitieren, denn nur durch eine starke Organisation können wir Besseres erringen.

Groitzsch. In einer am 2. Juni hier abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung, in welcher uns der Referent den Nutzen der Organisation in aufreisendestiller Weise darlegte, wurde zum 2. Punkt die Abrechnung vom Schlosserstreik der Schlossfabrik von Ernst Siengler von zwei Kollegen, die aus der Miete der Versammlung gewählt wurden, geprüft und für richtig befunden. Die Einnahme ist: durch Bitten M. 470,88, Volkssklasse Leipzig 80. Vertrauensmann in Pegau 10. Vertrauensmann in Zwönitz 8,02. Summa M. 618,90. Ausgaben: Unterstützung an 7 verheiratete und 13 ledige Streikende M. 534,67, Kleiderunterstützung 10,50, Annonce 1,60, zu Zugereiste 35, zu Papier und Marlen 4, Reisegeld an Streikende 27. So M. 612,77. Überschuss M. 6,13, welche an den Vertrauensmann in Pegau überwiesen wurden.

Hildburghausen. Achtung Kollegen! Eine Fabrik, oder besser gesagt, eine Ausbeutungsfabrik, ist die Maschinenfabrik und Kesselschmiede von Herrn Büchner u. Co. in Hildburghausen. Obwohl 8 Fabriken in selbiger Stadt sind, existieren dort wenig Kollegen, welche organisiert sind. Deshalb sag ich es als meine Pflicht an, wenigstens in genannter Fabrik zu agitieren und die Kollegen aufzumuntern, sich von der Behandlung des Herrn Büchner zu befreien. Kommt man in jene Fabrik, so hört man die ärztlichen Redensarten des Herrn Prinzipals gleich einem Schlag aus der Kanone aus seinem Munde herausdonnern: "Oje", "Rindvieh", "Löffels", auch mitunter "Du Schaf", "Niederliche Kunden" und noch Anderes mehr, was ich nicht öffentlich aussprechen im Stande bin. Es ist auch schon vorgekommen, dass sich ein verheirateter Schmied der schlechten Behandlung wegen entzweit hat, wie aus seinem Notizbuch ersichtlich. Werner muss man in Betracht ziehen, dass wöchentlich 69 Stunden gearbeitet wird, was den ungeheuren Wochenlohn von 12 M. bringt. Damit ist aber nicht gesagt, dass das der niedrigste Lohn ist. Dazu sind auch noch Abzüge für beschädigte Arbeit eingeführt, z. B. wenn etwas nicht recht gerathen ist, oder auf andere Art einmal zu Schaden kommt, weil die Untreiber des Herrn Büchner eine zu grosse ist und die Arbeiter vollständig eingeschüchtert sind. So war es wieder einmal am 8. Mai d. J. als der Prinzipal Fröhlich in die Fabrik eintrat und sag, dass etliche Arbeiter nicht so nach seinen Ideen arbeiteten (Wer kann Gebante lesen?) rief er ihnen zu: "Du Löffel"; und was darf Du das? Das war aber noch nicht genug, es saß noch wieder Prinzipal Fröhlich

mächtigen Haines Kollege Pieper gewählt. Unter Verschiedenem wurde von mehreren Kollegen der Antrag gestellt, die Sitzungen des Sonntags auszutragen zu lassen und dem Träger auch Beitragssmarken mitzugeben, wurde. Ferner machten wir die Kollegen darauf aufmerksam, sich rege an den Versammlungen zu beteiligen, damit nicht die neugegründete Bahnhofsstelle wieder zu Grunde geht, sondern etwas Erstaunliches daraus wird. Den Kollegen Eure Lage ist doch nicht so glänzend und Ihr seid doch auch nicht auf Rosen gebettet, dass Ihr so gleichzeitig darüber kein könnt, bedenkt, dass die verhütratheten Kollegen 80 Pf und die ledigen 22-28 Pf die Stunde verdienten und der Lebensunterhalt sehr teuer ist, darum Kollegen, tretet ein in den Verband, bekümmt Euch darum und besucht die Versammlungen, welche alle 14 Tage stattfinden. (Siehe Ver einsanzeiger.)

Sprey. Am 2. Juni hielt die hiesige Bahnhofsstelle des D. M.-B. ihre Mitgliederversammlung ab, welche jedoch nicht glänzend besucht war. zunächst wurden die Weltkriegsentrückt und für den ausgeschiedenen Bevoll-

an machen. So beschlossen wir einstimmig, für den Nachmittag zu sezen, um dem Herrn Prinzipal sein Handwerk zu legen. Ich stelle folgendes Schriftstück auf: „Wir Untersuchten sehr und hemmt gehöht, in Folge der schlechten Behandlung von Ihnen folgende Forderungen zu unterbreiten. 1. Vor allen Dingen eine dem Gesellen angemessene Behandlung. 2. Normale Arbeitszeit, täglich höchstens 10 Stunden. 3. Wegfall der Abgabe bei lädiert Arbeit, ohne Schuld daran zu haben. 4. Progentauschlag für Nebenstunden. Sollten Sie nun nicht gewillt sein, unsrer gerechten Forderungen nachzukommen, so seien wir uns gehöht, die Arbeit niedezulegen und die Fabrik in der deutschen Metallarbeiter-Zeitung bekannt zu machen, um fremde Kollegen beim Eintritt in die Fabrik vor solchen Umständen zu schützen.“ (Unterschrift von 11 Kollegen.) Als der Prinzipal am 1. Juni früh eintrat, überreichte ich ihm dieses Schriftstück zur gefälligen Durchleseung, nach Beendigung kam er zu mir und fragt, ob ich Sozialdemokrat wäre. Ich erwiederte: „Jawohl, wir seien alle welche, das Schriftstück hätte ich aufgesetzt und es sei auch politisch durchgelesen, er könnte daher nichts dagegen weiter machen. Mit den Worten: „Sie Aufschlüssler, Sie verfluchter Sozialdemokrat“, rieß er die Ausgangstür auf und ich ging unter lautem Geschrei des Herrn Büchner, daß man es weithin hörte, zur Thür hinaus, leider aber von den anderen Kollegen nicht begleitet, was ihre größte Pflicht war. Ich stehe jetzt wieder arbeitslos da, die anderen müssen in 14 Tagen aufhören. Hoffentlich wird der Herr Prinzipal in Zukunft etwas besser mit den Arbeitern verfahren und die reizenden Kollegen werben hiermit ersucht, die Fabrik möglichst zu meiden, um sich solchen Unterdrückungen zu entziehen.“

Schmiede.

Bremen. Der Streit der Bremer Schmiede ist zu deren Ungunsten beendet. Die Arbeitgeber haben es verstanden, vom starken Lande Leute heranzuziehen, die, weil jeder Bewegung fernstehen, die 6 Wochen leer stehenden Plätze besetzen. Dies veranlaßte uns den Kampf aufzugeben, nicht ohne Groß im Herzen gegen die Streitbrecher, die unseren Streik illosisch gemacht haben.

Heilshauer.

Greifswald in Pommern. Die beständigen Verhältnisse müssen auch einmal an die Dezentralität kommen. Hier ist ein Meister Namens Hoest, desselbe beschäftigt einen verhältnisweise kleinen Kollegen, welcher schon 20 Jahre dort arbeitet. Zum Dank dafür bekommt er auch einen Lohn von 12 Mk. pro Woche bei einer täglichen Arbeitszeit von 11 Stunden. Dieser Arbeitgeber beschäftigt auch teilweise noch einen Mann. Er will aber nur „ordentliche Gesellen“ und schreibt deshalb nach Hamburg und lädt sich solche von dort kommen. Er prahlt sogar damit und meint, Gesellen bekommt er genug, er braucht nur nach Hamburg zu schreiben. Nun ja Kollegen, wenn man vorher möchte, wie die Sache hier liegt, ich glaube, daß dann wohl schwerlich noch einer nach hier auf Beschreibung fahren würde. Denn Herr Hoest bietet einem bei 11stündiger Arbeitszeit einen Lohn von 6 Mk. und die kost. Nach langem Drängen, wenn man gar nicht bleiben will, bekommt man dann 7 Mk. Dieses mögen sich diejenigen Kollegen ins Gedächtnis schreiben, die einmal das Glück haben sollten, bei Herrn Hoest Arbeit zu bekommen. Wie Herr Hoest seinen Gesellen den Gedanken nach mehr Lohn aus dem Kopf treibt, ist originell; er erzählt nach Feierabend, was er früher für schönes Geld verdient hat, das mit der Heilshauerer jetzt gar nichts mehr los sei. Ein ander Mal erzählt er, daß er und sein Geselle den Tag 10 Mk. verdienten. Hier rechnet man 2 Mk. ab für den Gesellen, bleiben 8 Mk. für den Meister; immerhin ein kleiner Verdienst, wobei man nicht zu verbürgern braucht. Hier ist noch eine selbe Werkstatt. Ein Meister Namens Bartel hat einen Mann, der sich kürzlich verheirathete. Früher bekam er die Woche 6 Mk. und die kost, jetzt soll er auch 12 Mk. bekommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Die gelegentlich des Nürnbergers Formversetzes ausgegebenen Sammellisten bitten wir, ob auf ihnen gezeichnet oder nicht, umgehend mit dem darauf eingegangenen Geld nach hier einzusenden.

Im Laufe der vorvergangenen Woche sind den Reisegeldzählsstellen neue, zweimärtige Reisehandbücher zugegangen und ersuchen wir, diese künftig in bei der Feststellung der Kilometerzahl bei den zurückgelegten Touren zu benutzen. Diejenigen Reisegeldzählsstellen, die noch kein Buch erhalten haben, wollen umgehend reklamieren.

Der Dreherstreit bei der Firma Süderholz in Plagwitz-Leipzig dauert unverändert fort.

Da zur Durchführung eines Kampfes wie der obige ist, Geld gehört, die Verbandskasse aber leicht durch Streiks als auch momentan durch die Kluszahlung des Metzegeides stark in Anspruch genommen ist, ersuchen wir die Verwaltungen, alles um Orte irgend entstehlichen Gelder umgehend nach hier einzusenden.

Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß bei irgend welchen Anlässen die Arbeit ohne strikte Anlehnung an das Streikreglement niebergelegt worden und der Vorstand einfach einer vollendeten Thatstache gegenüber gestellt worden ist. Er müste dann wohl über lübel, da die Gründe zur Arbeitsniederlegung trifft genug waren, den Streik anerkennen, ohne daß er nach den Bestimmungen des Status dazu berechtigt war. Wir geben nun ohne Weiteres zu, daß den Kollegen manchmal Summlungen gestellt werden, die sehr wohl ihr Blut in Wallung bringen können. Wir geben auch zu, daß Manches im Orange des Gefechts übersehen werden kann, wir meinen aber, daß bei einer so einheitlichen Maßregel wie der Streik ist, alle in Betracht kommenden Momente erübrigen werden müssen.

Vor Allem darf nie übersehen werden, daß man vor Inszenierung eines Streiks in den eigenen Reihen Umschau hält, um sich vor traurigen Erfahrungen möglichst zu schützen. Dann aber ist freigang daraus zu urtheilen, daß nur dann in den Streik eingetreten wird, wenn dieser mit überwiegender Mehrheit durch geheime Abstimmung von den in Betracht kommenden Arbeitern beschlossen worden ist. Gescheint das Resultat zweifelhaft, oder ist die Versammlung von den in Betracht kommenden Kollegen schlecht besudt, so ist unter allen Umständen von einer Arbeitsniederlegung Vergang zu nehmen.

Desgleichen ist bei Prüfung der in Betracht kommenden Verhältnisse unbedingt nothwendig, daß sich alle nicht in Frage kommenden Arbeiter jeden Einflusses auf die Bevölkerung sowohl für als gegen die Arbeitsniederlegung enthalten.

Zudem wir dies den Mitgliedern unter nochmaligem Hinweis auf das Streikreglement und auf § 21 des Verbandsstatus zur Beachtung empfehlen, bemerken wir, daß wir künftig nur diejenigen Arbeitsaufstellungen anzuerkennen in der Lage sind, die nach den Bestimmungen des Streikreglements inszenirt sind und bei denen nebst dem aussführlichen Situationsbericht und das Resultat der geheimen Abstimmung nebst Stimmenzählen eingesandt wird.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

Nr. 86929 des Heilshauers Otto Hantig, geb. zu Posta am 25. Januar 1875.
66874 des Schlossers Albert Pache, geb. zu Reinsdorf bei Neisse am 26. Aug. 1868.

des Schlossers Albin Jungnickel, genannt Köhler, geb. zu Röbelsdorf am 25. Dezember 1873.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang bei Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Maschinenarbeiter von Raden, Flanierer von Dresden, Schreiter und Preher von Grottkau i. Hult. (Wankenberg & Co.) Preher von Leipzig-Plagwitz (Swiborsky).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart,
Hohllerstraße 21,

zu richten, und ist auf dem für Nullstellungen bestimmten Postabzchnitt zu bemerkern, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegatensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Zum Schluss machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, daß unsere Adresse mit dem 1. Juli do. Jo. verändert ist und von da ab alle Sendungen nach:

Stuttgart, Medarstraße 160, I zu richten sind.

Diejenigen Verwaltungen, welche in der letzten Woche des Juni Material benötigen, werden ersucht, die Bestellungen so früh einzugeben, daß sie spätestens bis Donnerstag, den 28. Juni in unseren Händen sind.

Mit kollegalem Gruss
Der Verband.

Allgemeine Franken- u. Sterbe-Kasse der Metallarbeiter (G. H. 29, Hamburg).

Berechnung der Hauptkasse pro Mai 1894.

Einnahme Kassenbestand ultimo April

143,499,88. Von Altenhain 46 100.

Alte-Neustadt-Magdeburg 100. Altona 100.

Amberg 100. Annweller 29,75. Aschaffenburg 88. Augsburg 200. Baben-Baben 88,28.

Bamberg 100. Bebra 50. Beuthenthal 50. Benrath 60. Bergedorf 25. Bergedorf 80.

Bergen i. B. 60. Bielefeld 100. Bielefeld 200. Bill 180. Brandenburg 100. Bruchsal 50. Bünde 50,40. Burgau 38,53. Burg b. Magdeburg 50. Cassel 150. Castel 100.

Coburg 80. Cöthen 50. Connewitz 85. Crumbach 60. Dahlwitz 35. Darmstadt 130.

Dessau 100. Deuben 100. Dietrichsdorf 150. Dinkelsbühl 64,20. Döhren 60. Eddersförde 10. Eggingen 40. Eschweiler 80.

Eisen a. b. R. 180. Ennroth 45. Elsenburg 200. Frankfurt a. M. 250. Frankfurt a. O. 120. Freising 50. Friedberg i. H. 29,75. Friedrichsort 80. Gifhorn 220. Gaarden 200. Gaggenau 150. Geringshöf 50. Gladbach 40. Goritz 100. Göring 80. Grevenbroich 45. Griesheim b. D. 34. Großenbaum 14,80. Griesbach 100. Halle a. S. 650. Hamburg-St. Pauli 62,40. Hamburg-Billwerder 70. Hagnacker 50. Hanau a. b. L. 200. Haspe 100. Heilbronn 180. Hemelingen 150. Hennef 100. Ingolstadt 120. Iserlohn 120. Kaiserslautern 250. Karlsruhe i. W. 300. Kiel 300. Kirchheim 50. Kirchheim u. T. 20. Kloster 100. Königswinter 1. B. 800. Körtingdorf 200. Lübenau 115. Lübeck 2. Langenstück 28,20. Laufershausen 60. Laufach 140. Leimkath 180. Legnitz 70. Limbach 40. Linzburg 70. Linden 150. Lörrach 60. Magdeburg 100. Mannheim-Neckar-Vorstadt 100. Mühlhausen i. Th. 150. Mühlheim a. M. 70. Mühlheim a. Th. 150. Mühlacker 18,75. Naumburg 75. Neustadt 75. Neustadt a. b. H. 100. Niebel - Ingelheim 60. Niedersachsen 150. Niederschäfers 50. Niedern 100. Niedt 20. Nippes 250. Nordhausen 50. Nowawes-Neudorf 60. Oberhausen 1. 100. Oberndorf 60,10. Oerterhausen 100. Ochsenhausen 50. Oldenburg 10. Pegnitz 52,35. Pieschen 200. Plauen b. D. 80. Potschappel 100. Potsdam 100. Quedlinburg 100. Rabenau 60. Regensburg 150. Reinickeburg 140. Rendsburg 50. Riedlingen 75. Riebendorf 200. Rodenkirchen 100. Ronndorf 140. Rothe 12,65. Röthelschwand 70. Saalfeld 50. Sachsenhausen 200. Schalle 1,40. Schaffhausen 100. Schleswig 50. Schöllbronn 100. Schwerin 75. Siegburg 55. Söllingen 50. Steinbach 49,85. Stettin 50. Stoßberg 1. G. 16,25. Straßburg 50. Stuttgart 50. Stettin 100. Staffeln 80. Sonnenborn 150. Tegel 300. Tettnang 70. Torgelow 60. Uffenheim 40. Unterleddenbach 5,20. Dingst 100. Vörde 22,24. Vogelsang 80. Weimar 23,60. Weingarten b. Ravensburg 30. Weissenau 40. Weiß 100. Wermelskirchen 100. Wettbergen 9,60. Wilhelmshaven 200. Winnweiler 100. Wolfenbüttel 50. Weltz 80,80. Zeulenroda 100. Bötz 50. Bötz 50. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 350. Abgeordnetensteuer 1,80. Büsen 22,59. Vergütung an Porto 14,71. Bei der Fals. Wert in Kiel zurückgezahltes Sterbegeld 39,46. Von der Rheinisch-Westf. Güterns- und Walzwert-Gesellschaften 1,85. Sonstige Einnahmen 14,60. Summa: M. 159,595,88.

Zugabe Kassenbestand am 1. Mai 1894.

159,595,88. Von Altenhain 46 100.

Alte-Neustadt-Magdeburg 100. Altona 100.

Amberg 100. Annweller 29,75. Aschaffenburg 88. Augsburg 200. Baben-Baben 88,28.

Bamberg 100. Bebra 50. Beuthenthal 50. Benrath 60. Bergedorf 25. Bergedorf 80.

Bergen i. B. 60. Bielefeld 100. Bielefeld 200. Bill 180. Brandenburg 100. Bruchsal 50. Bünde 50,40. Burgau 38,53. Burg b. Magdeburg 50. Cassel 150. Castel 100.

Coburg 80. Cöthen 50. Connewitz 85. Crumbach 60. Dahlwitz 35. Darmstadt 130.

Dessau 100. Deuben 100. Dietrichsdorf 150. Dinkelsbühl 64,20. Döhren 60. Eddersförde 10. Eggingen 40. Eschweiler 80.

Eisen a. b. R. 180. Ennroth 45. Elsenburg 200. Frankfurt a. M. 250. Frankfurt a. O. 120. Freising 50. Friedberg i. H. 29,75. Friedrichsort 80. Gifhorn 220. Gaarden 200. Gaggenau 150. Geringshöf 50. Gladbach 40. Göring 80. Grevenbroich 45. Griesheim b. D. 34. Großenbaum 14,80. Griesbach 100. Halle a. S. 650. Hamburg-St. Pauli 62,40. Hamburg-Billwerder 70. Hagnacker 50. Hanau a. b. L. 200. Haspe 100. Heilbronn 180. Hemelingen 150. Hennef 100. Ingolstadt 120. Iserlohn 120. Kaiserslautern 250. Karlsruhe i. W. 300. Kiel 300. Kirchheim 50. Kirchheim u. T. 20. Kloster 100. Königswinter 1. B. 800. Körtingdorf 200. Lübenau 115. Lübeck 2. Langenstück 28,20. Laufach 140. Leimkath 180. Legnitz 70. Limbach 40. Linden 150. Lörrach 60. Magdeburg 100. Mannheim-Neckar-Vorstadt 100. Mühlhausen i. Th. 150. Mühlheim a. M. 70. Mühlheim a. Th. 150. Mühlacker 18,75. Naumburg 75. Neustadt 75. Neustadt a. b. H. 100. Niebel - Ingelheim 60. Niedersachsen 150. Niederschäfers 50. Niedern 100. Niedt 20. Nippes 250. Nordhausen 50. Nowawes-Neudorf 60. Oberhausen 1. 100. Oerterhausen 140. Ochsenhausen 50. Oldenburg 10. Pegnitz 52,35. Pieschen 200. Plauen b. D. 80. Potschappel 100. Potsdam 100. Quedlinburg 100. Rabenau 60. Regensburg 150. Reinickeburg 140. Rendsburg 50. Riedlingen 75. Riebendorf 200. Rodenkirchen 100. Ronndorf 140. Rothe 12,65. Röthelschwand 70. Saalfeld 50. Sachsenhausen 200. Schalle 1,40. Schleswig 50. Schweinfurt 100. Schwerte 75. Sieglar 100. Soklen 20. Solingen 200. Steele 100. Stuttgart-Söldenbach 50. Unterbach 60. Voßwinkel 50. Waldsee 190. Werbohl 50. Wertheim 100. Wetter 50. Würzburg 200. Zindorf 100. Kronengeld an G. Budens, Dahlhausen 22,20. G. Hanke, Salzber 30,65. G. Kalupa, Venneburg 66,40. G. Kotische, Schmidta 9,40. G. Labonte, St. Ingbert 61,10. G. Lüttmann, Einzehorn 24,05. G. Menz, Unterharmbach 23,50. G. Meinhardt, Samhof 25. G. Nelle, Neustadt 1. G. 28,20. G. Stuermann, Barnstorff 11,75. G. Ruh, Unterleiningen 49,95. G. Schäfer,

728, Tüting, Alten 14,10. G. Tollendorf, Hirschau 22,20. G. Vogel, Lang, Pleitzenberg 22,20. Gehäuer an die Beamten der Hauptverwaltung 905. Vergütung an zwei Beisitzer des Vorstandes 6,80. Vergütung an die Revisionskommission 77,10. Reisekosten und Diäten an die Abgeordneten zur Generalversammlung 920,170. Sonstige Urkosten der Generalversammlung 186,23. Drucksachen, Porto, Schreibmaterial usw. 770,97. Summa: M. 159,595,88. Ausgabe " 19,659,70. Kassenbestand M. 140,936,18. G. Butenuth, Haupfassette.

Litterarisches.

Teutözer Hochverrats-Prozeß 1872 wider Gebel, Liebknecht und Heyne. Mit einer historischen Einleitung von W. Helm. Eine Menge in 20 Heften von je 48 Seiten à 20 J. Das Werk ist für jeden Parteiliebhaber, der die Geschichte der Partei kennt will, geradezu unentbehrlich, denn als Vorgänge in der Partei seit ihrer Gründung, ihre Beschlüsse und Aktionen, die Korrespondenz der Angestellten und des Parteiausschusses mit Geistern und Politikern im In- und Ausland — alles liegt hier gesammelt vor. Das Buch ist daher auch für jeden politisch denkenden Staatsbürger ein reichliches politisches Quellenwerk und ein Attribut der gesammelten sozialistischen und revolutionären Literatur bis in den Anfang der 70er Jahre. Das zweite Heft bietet den Geistern aufs wärmste zu empfehlenden Belehrungsworten mit lohnendem Erfolge. In demselben wird die Vorrede Liebknecht's zu Ende geführt und mit dem Berichte über die Verhandlungen begonnen, in denen die von der Bielefelder Polizei überstandene Klubromantische Fotografie Liebknecht's trotz aller Abiebung als Machwerk des Polizeidiktators und Spitzel-Chef Stieber-Wermuth entlarvt wurde.

Bei dem bei S. H. B. Diedt in Stuttgart gegenwärtig in Lieferungen erscheinenden „Liebknecht's Volks-Freundsbuch“ geht und soeben Heft 7 und 8 zu. Diese neuesten Hefte gelten abermals die bedeutende Vernehmung und Verbesserung dieser heftigen Auflage; das (in 18 H

Nordhausen, Eisenach, Gotha, Erfurt, Tübingen usw. Es ist genug des grausamen Spiels mit den Gratulationen, Lebewohls usw. Das wären in dieser Nummer nicht weniger als 6 derartige Herzensgelehrungen. Man gratuliert und verabschiedet sich doch persönlich oder brieflich.

W. B., Chronefeld. Darüber kann nur der Erfinder Auskunft geben.

Götting. Seither hat die Zeitung nur 8 Seiten. Allein wenn sie auch deren mehr hätte, so müßten trotzdem sie und da Korrespondenzen zurückbleiben, denn diese müssen doch auch drucksichtig gemacht werden, was nicht immer im Handumdrehen geschehen ist.

Viele Einsendungen mußten zurückgestellt werden.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Augsburg. Sonnabend, 20. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im "Stothen Eichhorn". L.O.: Aufnahme und Abrechnung vom 2. Quartal.

Berlin (Bentr.). Sonnabend, 7. Juli, Abends, 10 Uhr, findet die Abfahrt vom Stettiner Bahnhof aus nach Stettin-Heringsdorf statt. Kollegen, die daran teilnehmen wollen, haben sich spätestens bis zum 28. Juni beim Bevollmächtigten M. Lange, SO., Annenstr. 32/IV zu melden, wo sie auch 1 % für die Dampferfahrt Stettin-Heringsdorf hinterlegen müssen. Der Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt der Eisenbahn- und Dampferfahrt beträgt 4 M. — Sonnabend, 30. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Ehrenberg, Annenstr. 16. L.O.: Vortrag. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes.

Claupark. Samstag, 23. Juni, Abends, 8 Uhr, im "Russischen Hof" Mitgliederversammlung. L.O.: Einzahlung und Aufnahme. Bericht von der Vertreterversammlung. Beschlussfassung über einen Antrag: Statutenänderung betr. Verschiedenes.

Chemnitz. Die Steuerunterstützung wird nicht mehr bei Kollege Buchschwerdt, sondern bei Kollege Weber, Brühl 42/III, ausbezahlt.

Cottbus. Sonnabend, 30. Juni, Abends, halb 9 Uhr bei Behniger. L.O.: Einziehung der Beiträge. Aufnahme. Vortrag. Innere Angelegenheiten und Fragestunden. — Die Mitglieder werden auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht, da in den ersten Tagen des nächsten Monats die Abrechnung fertiggestellt werden muß.

Crimitschau. Alle Genossen, welche sich an dem Ausflug nach Schwöbels am Sonntag beteiligen, wollen sich Mittagspunkt 1 Uhr in Oettel's Restaurant, Peterstraße, einfinden.

Dessau. Samstag, 30. Juni, bei Ullner, Friedhofstr. 14, Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. — Die Restanten werden erachtet, ihre Beiträge zu entrichten.

Dortmund. (Allg.) Samstag, 24. Juni, Abends, 6 Uhr, Mitgliederversammlung bei Hörnig, Körnerplatz. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Vorlesung des Kollegen Sch. aus Heine's Werken. Verschiedenes.

Dresden-Altenstadt und Umgegend. Dienstag, 26. Juni, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L.O.: Vortrag. Wahl eines Delegierten zur Landeskonferenz. Gewerkschaftliches.

Eisenach. Sonnabend, 23. Juni, Abends, 8 Uhr, im Gasthof zum "Fröhlichen Mann" Mitgliederversammlung. Wegen Wahl eines Schriftführers ist vollzähliges Erscheinen bringend nötig.

Überfeld. Samstag, 30. Juni, Abends, 9 Uhr, Versammlung bei Oberlobe. — Sonntag, 1. Juli, Sommertour per Gartenlaube nach Schmelzbrunnen. Abfahrt Mittags 1 Uhr von Oberlobe. Fahrpreis 2 Personen M 1,75. Liste zum Einzeichnen im Versammlungslokal, beim Vorstand und bei Gebracht.

Erfurt. Sonnabend, 23. Juni, Abends, halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Gothaerstr. 46, Mitgliederversammlung. L.O.: Beitragssahlen. Aufnahme. Vortrag über: "Die Geschichte der Erde". Wahl eines Bibliothekars. Verschiedenes. Es wird erachtet, die Mitgliedsbücher behufs Revision mitzubringen. — Die Restanten werden an ihre Pflichten gemacht, da mit denselben streng nach dem Statut verfahren wird.

Göttingen. Samstag, 23. Juni, Abends, 8 Uhr, Versammlung in Schlegel's Bierhalle. L.O.: Einzahlung. Aufnahme. Vortrag. Verschiedenes.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 23. Juni, Abends, halb 9 Uhr, im "Rebstod", Krugasse 4, Mitgliederversammlung. L.O.: Vortrag des Gen. Gustav Hoch. Geschäftliches. Verschiedenes. Da außerdem Vorfälle, welche den Kleinen'schen Circulare trüben, zur Sprache kommen werden, ist es Pflicht eines jeden Mitglieds zu erscheinen.

Gaufburg - Rothheim. Samstag, 28. Juni, Abends 8 Uhr, im "Frankfurter Hof" in Rothheim, Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Die Kollegen werden erachtet, vollzählig zu erscheinen.

Galle a. F. Wegen Ableben unseres Präses Richard Wahnsind alle Sendungen bis auf Weiteres nur an den Bevollmächtigten Wilhelm Hünig, Restaurator zur "Stieglmünze", Merleburgstr. 80, zu richten.

Görlitz. Sonnabend, 20. Juni, Abends, halb 9 Uhr, im Gasthaus zur "Schwedischen Krone", Mitgliederversammlung. L.O.: Sitzungnahme zur Bezirkskonferenz.

Harburg. Sonnabend, 20. Juni, Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung im Lokal.

Kaiserauern. (Allg.) Samstag, 30. Juni, Abends, halb 9 Uhr, im "Saalbau" Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Jedes Mitglied ist verpflichtet, ein neues Mitglied mitzubringen.

Liegnitz. Sonnabend, 28. Juni, Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. — Den reisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Umschauen strengstens untersagt ist. Arbeitsnachweis auf der Herberge.

Lüneburg. Die Restanten werden erachtet, bis zum Schluss dieses Monats ihre Verpflichtungen nachzuholen, weil die Abrechnung fertig gestellt werden muß. (S. 3 des Statuts.)

Mainz. Sonntag, 8. Juli, Nachmittags 4 Uhr, im "Weißen Lösch", Gaugasse, Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Unterhaltung und Ball. Eintritt 20 P., eine Dame frei, jede weitere 10 P.

Marburg i. H. Sonnabend, 30. Juni, Abends, 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Jesberg, Rosenstr. 3. — Die Restanten wollen ihre Beiträge begleichen, währendfalls wir nach § 3, Abs. 6a und 7a verfahren.

Mülhausen im Elsass. Sonntag, den 24. Juni, Nachmittag, halb 3 Uhr, Mitgliederversammlung in der "Dreiflügelhalle". L.O.: Wahl von 8 Kassenrevisoren. Vortrag eines Mitgliedes. Freie Diskussion. — Regelmäßig alle 14 Tage Versammlung.

Neumühlen d. Kreis. Sonnabend, den 30. Juni, Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Hört in Wellingdorf. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragszahlung. Vortrag, Referent: Dr. Lehmann-Kiel. Stiftungsfest. Fragestunden. Verschiedenes.

Nienburg a. S. Sonnabend, 30. Juni, Nachmittag im "Gold. Adler". Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag u. Unterhaltung.

Nürnberg. (Sektion der Stoff- und Glotengießer.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom 1. Juli ab die Beiträge zum Arbeitersekretariat, pro Mitglied und Woche 2 P., erhoben werden und erwarten wir pünktliche Entrichtung derselben.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und Maschinenvauer.) Samstag, 23. Juni, punkt 8 Uhr, im "Sächs. Hof", außerordentl. Versammlung. L.O.: Regelung der Einziehung und Kontrolle des Wochendeitrages zum Arbeitersekretariat. Verschiedenes.

Nürnberg. Samstag, 30. Juni, Abends, punkt halb 9 Uhr, regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokal. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes. Fragestunden. Die Kollegen werden erachtet, zu beiden Versammlungen zahlreich zu erscheinen. — Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im Eintritt durch demnächst stattfindenden Wechsel unserer Eintrittsstätte wollen die Mitglieder der Verwaltung umgehend mittheilen. — Die Wohnung des Bevollmächtigten ist: Ludwig Feuerbachstr. 15, links.

Oldenburg. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 16. Juni findet die nächste Versammlung am Montag, 2. Juli, Abends, halb 9 Uhr, bei Satini, Kurviertel 28, statt. — Die Kollegen werden erachtet, bis dahin ihre Beiträge zu regeln, damit eine korrekte Abrechnung stattfinden kann.

Pewig. Sonnabend, 23. Juni, Mitgliederversammlung.

Psorzhelm. Sonntag, 24. Juni, Früh-Ausflug nach Böhlenbronn, Aussichtsturm, Größelthal und Neuenbürg. Zusammenkunft in der Sedanvorstadt, beim Denkmal. Abmarsch Früh präzis halb 6 Uhr. Der Ausflug findet nur bei günstiger Witterung statt. Die Kollegen werden erachtet, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Rathenow. (Sektion der Brillen- und Opt.-Arbeiter.) Sonntag, 24. Juni, Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Der wichtige Tagesordnungsweg ist vollzähliges Erscheinen unbedingt nötig.

Rüdesheim. Samstag, den 20. Juni, Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung. L.O.: Die Entstehung der Gewerkschaften und ihr Nutzen. Referent: Kollege Haussmann aus Mainz. — Die durchreisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Vertrau-

mann in Rüsselsheim Karl Diehl, Schlosser, Schäfergasse 16 ist. Versammlungslokal bei Wirth Karl Banger.

Schulze. Sonnabend, 20. Juni, Abends, halb 9 Uhr, bei Nettebeck in Gelsenkirchen Generalversammlung. L.O.: Berichtserstattung des Vorstandes über das verflossene halbe Jahr. Wahl eines neuen Vorstandes. Verschiedenes.

Stettin. Sonnabend, 23. Juni, Abends, 8 Uhr, bei Kruckow, Grinhof, Heinrich- und Gabelsborsterstr. Ecke (Neue Brauerei) Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal.

Stettin. Sonnabend, 30. Juni, Abends, 8 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Reinke, Stettin, Pölzerstr. 70, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Zweck und Nutzen der Organisation. Referent aus Berlin. Alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter sind hierzu eingeladen.

Stuttgart. (Sektion der Glaschner.) Samstag, 23. Juni, Abends 8 Uhr, bei Vogner, Christophstraße, Mitgliederversammlung. L.O.: Einzahlung und Aufnahme. Gewerkschaftsbericht. Verschiedenes. — Die Kollegen werden erachtet, noch vor Quartalsende ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Triberg. Samstag, 28. Juni, Abends 8 Uhr, in der Wirtschaft "Schwarzwaldbrauerei" Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Velbert. Sonnabend, 28. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Die Mitglieder werden erachtet, ihre Adresse sowie Mitgliedsbücher abzugeben wegen Regelung derselben und Beitragsabspaltung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen bei Wohnungswechsel dieses dem Vorstand zu melden, damit die Bettung zugestellt werden kann.

Wimbach i. F. (Metallarbeiterfachverein aller Branchen.) Sonnabend, den 23. Juni, Versammlung im "Johannishof". Das Erscheinen aller ist nötig.

Anzeigen.

Naumburg.

Am 5. Juni starb unser Kollege und bisherige Kassier, der former Michael Bahr, von hier im Alter von 84 Jahren an Lungenerkrankung. Ehre seinem Andenken.

Die Filiale Halle a. S.

Am Freitag, den 15. Juni starb nach kurzer Krankheit unser Mitglied, der Dreher

Ernst Thierbach.

Es bewahren ihm ein ehrendes Andenken die Mitglieder der Verwaltungsstelle Neumühlen bei Kiel.

Am 14. Juni starb an der Proletarierkrankheit unser Kollege, der optische Arbeiter

Franz Höhne im Alter von 39 Jahren. Ehre seinem Andenken.

Sektion der Einschleifer Rathenow.

Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, Kolporteure, sowie durch Unterzeichneter gegen Einwendung des Betrages zu bezahlen:

Scherer's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientierungs-(Straßen)-Karten. Preis, gebunden in Bändchen, M 1,50.

Sieghält über 2000 Reisetouren in Deutschland, Österreich-Ungarn, Schweiz, Holland usw. in übersichtlicher Anordnung, nebst alphabetischem Ortsregister, Notizen über die bedeutendsten Städte und Orte, betreffend ihre Einwohnerzahl, hauptsächlichsten Industrien usw. Die Ortsentfernung sind auf Zehntels-Kilometer genau angegeben.

J. Scherm, Nürnberg, Austrasse Nr. 1.

Der Scherer August Bohrmann aus Hamburg wird bringend ersucht, seine Adresse an Adolf Liebold, Bevollmächtigter in Marburg, Wörthstr. 2, gelangen zu lassen.

Jur Anfertigung aller Buchdruck-Arbeiten, insbesondere:
Vereins-Statuten, Mitglieds-, Eintritts-, Geschäfts-, Visitkartens, einfach und in verschieden Farben, Formulare aller Art, Tabellen zum Markenkalender für Mitgliederblätter, besgleichen Broschuren jeder Art, Plakate, Blätter (Mappenauflagen mittels Notation), Gedruckte Beiträge, ferner Preiscourants, Rechnungen, Quittungen, Briefköpfe und Couverts usw. empfiehlt sich die unterzeichnete Buchdruckerei.

Durch vorzügliche maschinelle Einrichtung sind wir in der Lage, in kürzester Frist die Erledigung größter Aufträge zu übernehmen. Billigste Preise und günstige Zahlungsbedingungen. Versand nach auswärts bei Aufträgen im Betrage von über 10 M. franco.

Wir halten uns den Genossen allerorts, besonders den Fachvereinen, Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen, sowie den befreundeten Geschäftsbetreibenden bestens empfohlen.

Würzburg. **Wörlein & Comp.** Buchdruckerei Weizenstraße 12 u. 14.

Heilbronn a. Neckar.
Gasthof zur "Rose" am Marktplatz, Verkehrslokal und Herberge der vereinigten Gewerkschaften.

Keinliche Weiten von 80 P. an, für organisierte Arbeiter billiger.

Gutes helles und dunkles Exportbier, reine Weine, billige und gute bürgerliche Küche, aufmerksame Bedienung.

Allen Freisenden bestens empfohlen.

Die Kontrollkommission der vereinigten Gewerkschaften.

Die in Köln a. Rh. täglich erscheinende

"Rheinische Zeitung" hat sich seit ihrem nunmehr dreijährigen Bestand durch ihre beharrliche Vertretung der Arbeiterinteressen und der sozialdemokratischen Ideen zahlreiche Freunde erworben und zählt nicht nur in Köln und Umgegend, sondern in mehr als achtzig Poststellen Rheinlands und Westfalens einen anhänglichen Leserkreis.

Die "Rheinische Zeitung" bemüht sich durch fähige, kluge Redakteure über die Tagesfragen aufzuhüllen. Sie hat einen eigenen Nachrichtendienst organisiert und bringt besonders über Alles, was für die arbeitenden Massen von Belang ist, telegraphische Melbungen und verlässliche Berichte ihrer eigenen Korrespondenten aus Berlin, Paris usw. — Dem Familienleben bietet sie jürgtig gewählten Unterhaltungsmaterial. Endlichtheilt sie täglich alle wissenschaftlichen Vorgänge aus Rheinland und Westfalen mit.

Der Abonnementspreis beträgt M 2,10 pro Quartal oder monatlich 70 P.; für's Ausland M 5,60 vierteljährlich. Jede Postanstalt, sowie die Expedition der "Rheinischen Zeitung" in Köln, Hämmergasse 37, nimmt Bestellungen entgegen. (Die "Rheinische Zeitung" steht in der Postbestelliste unter Nr. 5671.)

Annoncen in der "Rheinischen Zeitung" (die Zeile 15 P.) sind nicht nur für Köln und Umgegend, sondern für ganz Rheinland und Westfalen von guter Wirkung.

Der Scherer Heit, Buch Nr. 37087, wird von der Ortsverwaltung Hannover erachtet, seine Adresse an den Bevollmächtigten, Burgstr. 1, gelangen zu lassen, da Wichtiges mitzuteilen ist. Angeblöß soll derselbe sich in Nürnberg aufhalten.

Da ich mein Verbandsbuch verloren habe, bitte ich dasselbe zu aufzuhalten. Wilhelm Harms, geb. am 9. Januar 1876 zu Sarstedt, einget. am 2. Dezember 1893, und abgemeldet am 6. Juni 1894 selbstst.

Zeilenhaueret in Leipzig, gut eingerichtet, beste Geschäftslage und Rundschau, ist Veränderung halber sofort billig zu verkaufen.